

Ausverkauf stoppen!

Kanal und Müll nicht aus der Hand geben!

Was steckt hinter dem „Haus Graz“? Keine positive Reform, sondern ein Abbruchbescheid. Elke Kahr (KPÖ): „Hier werden öffentliche Werte für den Verkauf an private Interessensgruppen aufbereitet“. Nagl und Rucker wollen nicht darüber reden. Wir informieren auf Seite 2 und 3



Am 21. November machte die KPÖ mit einem Protestmarsch auf die negativen Folgen der von Nagl und Rucker geplanten Ausgliederung und Privatisierung aufmerksam.

DENKMALSCHUTZ KOMMT ZU KURZ
Ein Schindluder S. 4

WUCHERZINSEN BEI KONTOÜBERZIEHUNG
Banken nehmen Kunden aus S. 10 u. 11

WEIHNACHTEN
Was tun? S. 22 und 23

Herr Bürgermeister!

Frau Vizebürgermeisterin!

Sollen bald Bankmanager Müll- und Kanalgebühren bestimmen?

NEIN zum Ausverkauf der Stadt!

ELKE KAHR
KPO
www.kpoe-graz.at

BAD ZUR SONNE Der letzte Ausverkauf?

Bad zur Sonne, Kindermuseum, Gruabn – wieder verscherbelt die Stadt Immobilien, diesmal im Wert von rund 25 Millionen Euro.

So wie die SPÖ/ÖVP-Regierungen der letzten Jahrzehnte, versucht auch Schwarz-Grün, das Stadtbudget mit Immobilienverkäufen zu retten. Diesmal ist das Bad zur Sonne dran, die Gruabn, das Kindermuseum und weitere Immobilien. Sie alle wechseln um 25 Millionen Euro zur Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft (GBG).

Der Haken an der Sache: Allein für dieses Paket muss die Stadt nun eine Million Euro pro Jahr an Miete bezahlen; insgesamt zahlt die Stadt nun 14 Millionen Euro Miete pro Jahr für verkaufte Immobilien. Außerdem ist man damit der Privatisierung einen Schritt näher gekommen, argumentiert KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann. Was nicht unmittelbar im Besitz der Stadt ist, kann viel leichter weiterverscherbelt werden. Tatsächlich versilbert die GBG pro Jahr Immobilien um rund zwei Millionen Euro.

Die Stadtregierung hat 2002 mit dem großen Ausverkauf begonnen und seither Immobilien im Wert von 347 Millionen Euro an die GBG verkauft.



Das traditionsreiche Bad zur Sonne wurde von Nagl und Rucker an die GBG verkauft.

Die Propagandawalze von Nagl und Rucker nennt es „Haus Graz“. Aber dieses Haus wird abbruchreif gemacht: Ausgliederung ist der erste Schritt zur Privatisierung von öffentlichem Eigentum.

Im Bild: 2005 konnten Ausgliederungspläne für die Müllabfuhr verhindert werden.



Herr Bürgermeister!

Frau Vizebürgermeisterin!

Was tun Sie, wenn die Stadt nichts macht? Kanal und Müllabfuhr müssen bei der Stadt bleiben!



Kanal, Müllabfuhr und die gesamten Wirtschaftsbetriebe

Tarif- und Gebühren

So will Schwarz/Grün Budgetlöcher stopfen: Jährliche Immobilienverkäufe um 2 Mio., Ausgliederungen, Vernichtung von 700 Arbeitsplätzen. Warum die Gebühren trotzdem steigen werden.

DAS KOMMT...

Immobilienverkäufe durch GBG um 2 Mio./Jahr

Liegenschaftsverwaltung kommt zur GBG

Auslagerungen von Abfall, Straße, Grünraum, Kanal, Wasser und anderem zu den Stadtwerken

Kein Einfluss des Gemeinderats bei Gebühren und Tarifen

Personalabbau und Lohnkürzungen für künftige Beschäftigte
Leistungskürzungen

Rechnungen, die in der Schule ein „Nicht Genügend“ einbringen würden, taugen in der Grazer Kommunalpolitik scheinbar als gelungene Beispiele für Budgetsanierung. Schon seit Jahren werden die Immobilien an eine eigens für diesen Zweck gegründete Immobilientochter (Grazer Bau- und Grünlandsicherungsgesellschaft) verkauft. Diese nimmt dafür Kredite auf, für welche die Stadt haftet. Die Stadt mietet die Objekte teuer zurück (siehe links).

Bis zur „echten“ Privatisierung ist es nur ein kleiner Schritt. Denn: Um die steigenden Zinsbelastungen bestreiten zu können, muss die GBG Immobilien verkaufen – derzeit um 2 Mio. Euro pro Jahr!

Diese billige Budgetkosmetik funktioniert nur solange, bis alle Immobilien ausgelagert sind. Und was dann?

Betriebe in der Auslage

Eine neue Dimension in Sachen Budgettricks trägt den Namen „Haus Graz“. Hinter der Behauptung, die Grundversorgung für die Bevölkerung sichern zu wollen, steckt die Gefahr der Privatisierung.

Als erster Schritt sollen die städtischen Wirtschaftsbetriebe mit ihren Geschäftsbereichen Technischer Service, Management Services, Abfall, Straße, Grünraum sowie Kanal und Wasser zu den Stadtwerken ausgelagert werden. Damit stehen sie buchstäblich in der „Auslage“. Es ist nur mehr eine

Wohin hat man mehr zu verkaufen?

ELKE KAHR
KPO



müssen bei der Stadt bleiben!

Willkür droht

Frage der Zeit, bis „strategische Partner“ anbeißen und sich die Schnäppchen sichern, nämlich jene gut funktionierenden Unternehmensteile, die hohe Einnahmen versprechen.

Abbruchbescheid

„Das ist kein neuer Bauplan für ein »Haus Graz«, das ist ein Abbruchbescheid für unser gemeinsames Haus Graz. Öffentliche Werte und Vermögen, die über Jahrzehnte von unseren Eltern und Großeltern geschaffen wurden, werden für private Interessensgruppen aufbereitet“, macht Stadträtin Elke Kahr deutlich.

Mit der Auslagerung der genannten Bereiche in eine GmbH wird die Stadt Graz auf die Funktion eines Bestellers

und Bezahlers reduziert. Eine willkürliche Erhöhung von Müll- oder Kanalgebühren kann der Gemeinderat nicht mehr verhindern. Für die Grazer wird durch die „Sparmaßnahmen“ nichts billiger. Denn private Unternehmen haben nicht das Ziel, der Allgemeinheit zu dienen, sondern Gewinne zu machen.

Personalabbau, Senkung der Gehaltskosten, schlechtere Leistungen und höhere Gebühren sind vorprogrammiert. Die Rechnung zahlen wir alle. Und profitieren könnten am Ende private Konzerne. „Statt die Privatisierung vorzubereiten, sollte man über die Rückführung der Graz AG in die Stadt Graz nachdenken“, fordert Stadträtin Elke Kahr.

MEINUNG

Wilfriede Monogioudis war bis 2008 als KPÖ-Stadträtin für die Wirtschaftsbetriebe zuständig.

Graz neu: So nicht!



Hinter der harmlos klingenden „Neuordnung des Hauses Graz“ verbirgt sich das größte Ausgliederungsvorhaben der letzten fünfzig Jahre. Es geht um die Übertragung der Wirtschaftsbetriebe und des Kanals an die Graz AG, die in eine GmbH umgewandelt werden soll.

Gut funktionierende städtische Betriebe mit hochmotivierten MitarbeiterInnen sollen privatrechtlich organisiert und damit einer demokratischen Kontrolle entzogen werden. Vor allem neu eintretende Beschäftigte müssten deutlich ungünstigere Arbeitsbedingungen in Kauf nehmen. Kommunales Eigentum, mit der Arbeit von Generationen geschaffen, wird leichtfertig aus der Hand gegeben.

Was erwartet man sich von diesem folgenschweren Schritt? Weniger Kosten durch Verbesserung von Abläufen und Abbau von Doppelgleisigkeiten sollen die städtischen Finanzen festigen.

Dabei wurden die Abläufe in den letzten Jahren ständig optimiert, und wo Einsparungen möglich sind, ist das auch ohne Strukturveränderungen erreichbar.

Besonders das Eingliedern der AEVG in die städtischen Wirtschaftsbetriebe könnte bedeutende finanzielle Vorteile für die Stadt bringen. Dass die schwarz-grüne Koalition das ausschließt, zeigt, dass sie andere Ziele verfolgt, als sie vorgibt. Völlig unseriös ist es, im Zusammenhang mit den Ausgliederungen von einer Sanierung der Stadtfinanzen zu reden. Vielmehr kann man annehmen, dass, wieder mit Hinweis auf die Geldnöte der Stadt, die profitablen Bereiche verkauft werden.

Das Projekt „Graz neu ordnen“ könnte scheitern. Die Probleme für die Stadt wären danach größer als davor. Solche „Reformen“ entsprechen übrigens der Strategie der Neoliberalen europaweit, die auf das Auslöschen der kommunalen Ebene abzielt.

KLEIN, ABER MIT BISS



„Transferkonto? Super. Die Politiker sollen alle Parteispenden und Schmiergelder offenlegen.“

INHALT

Altstadt Graz	4
Geld für Menschen in Not	5
Neun Bezirksämter vor Aus	7
FPÖ-Seilschaften kassieren ab ...	8
Wie Banken Kunden melken ...	10
Industrieprodukt Nahrung 12/13	
Plötzlich ohne Strom	14
Ein Schritt zur Reichensteuer	15
Geschäfte mit Pflege?	17
Wenn die Uni brennt	19
Dürftige Lohnrunde.....	20
JS: Zornig, zugeneigt.....	21
Geschenkideen für Weihnachten	23
Aus den Bezirken	24/25

ALTSTADT: SCHINDLUDER MIT HISTORISCHER BAUSUBSTANZ

Historische Häuser abgerissen

Kommodhaus, Augartenkino, die erste Grazer Radschule oder die Villa Hartenau: Historische Häuser werden dem Verfall preisgegeben, um sie abreißen und durch einen lukrativen Neubau ersetzen zu können.

Wenn es um den Erhalt von historischen Bauten geht, ist Graz oft kein Vorbild. Da lässt man Gebäude absichtlich verfallen, um sie wegreißen und durch Neubauten ersetzen zu können. Das bringt den Besitzern viel Geld. Für die Stadt ist es fast immer ein Verlust.

Man denke etwa an das Kommod-Haus an der Ecke Einspinnnergasse/Burggasse. Es war das erste Opernhaus der Stadt und beherbergte zuletzt im Erdgeschoß das beliebte Lokal, das ihm den Namen gab. Darüber war das Haus ausgehöhlt, der Dachstuhl morschte, die Fassade bröckelte – alles so lange, bis das Haus im Kulturhauptstadtjahr abgerissen wurde.

Villa Hartenau

Ein ähnliches Schicksal droht der Villa Hartenau. Sie wurde 1948 von der Stadt gekauft und als Zuhause für 60 Mädchen eingerichtet. 1230 Kinder und Jugendliche fanden dort bis 2005 eine Heimat. Dann verkaufte die

Stadt die Villa samt Garten an die Bundesimmobilien-gesellschaft und diese verscherbelte sie an die Firma Ziko – Beteiligungs- und Vermögensverwaltungs-GmbH der Leibnitzer Fenster- und Türenfirma Zirngast GmbH. „Die Villa ist seit Jahren Wind und Wetter preisgegeben, notwendige Instandhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten wur-

den weder am Gebäude noch am Areal geleistet“, kritisiert KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber, „der drohende Verfall der Villa geht Hand in Hand mit möglichen Absichten des Eigentümers, den Denkmalschutz auszuhebeln. Denn ist das Haus erst einmal desolat genug, darf es abgerissen und durch einen viel größeren Neubau ersetzt werden“.

Erste Fahrradschule

Ähnlich im Haus Jakob-Redtenbacher-Gasse 14: Dort war ab 1888 die erste Grazer Fahrradschule daheim. Jetzt gibt es für das Haus einen Abbruchbescheid. Für KPÖ-Mandatar Andreas Fabisch ein Skandal: „Das ist ein Stück Geschichte aus dem alten Graz. Das Bauwerk gehört renoviert und unter Denkmalschutz gestellt.“



Das denkmalgeschützte Kommodhaus wurde im Kulturhauptstadtjahr 2003 geschliffen.



Die Villa Hartenau wird seit Jahren dem Verfall preisgegeben. Der Abriss droht.



Abbruchbescheid da: Das Ende der „Ersten Grazer Fahrradschule“ in der J. Redtenbachergasse naht.



Die Altstadtkommission war dagegen – trotzdem wurde das Haus Lendplatz 38 abgerissen.



Das Augartenkino – obwohl nicht denkmalgeschützt – fiel unlängst der Abrissbirne zum Opfer. Dabei wurde auch ein wertvolles Wandgemälde zerstört. Mit dem Verkauf hat die Grazer SPÖ einen Teil ihrer Geschichte aufgegeben und unsere Stadt ein Sozialzentrum verloren. Die Käuferin, die Immobilienfirma SOB errichtet an dieser Stelle Büro- und Geschäftsräume.

RAT UND HILFE

Mieterschutzverband

Sparbersbachgasse 61

Tel. 0316 / 38 48 30

(GVB Linie 3 - Rechbauerstraße)

Sprechstunden – Bitte

um tel. Voranmeldung!

Mittwoch 14.30 – 19.00 Uhr

Freitag 9.00 – 11.30 Uhr

www.mieterschutzverband.at

Hilfe statt Politikerprivilegien

Rund 3600 Euro von ihrem Gehalt gibt KPÖ-Stadträtin Elke Kahr pro Monat an Menschen in Notlagen weiter – heuer schon 45.000 Euro!

Stadträte verdienen bestens. 5.400 Euro sind es monatlich. „Das verdient eine geringfügig Beschäftigte im ganzen Jahr nicht“ sagt Wohnungsstadträtin Kahr. Sie behält 1.800 Euro von dem Einkommen für sich selbst, der Rest speist den KPÖ-Sozialfonds für Menschen in Notlagen.

Da kommt etwa eine Frau ins Büro der Stadträtin, deren Mann unerwartet gestorben ist. Weil während der Abwicklung der Verlassenschaft das gemeinsame Konto gesperrt ist, hat sie kein Geld für den unmittelbaren Lebensbedarf. Da ermöglicht der Sozialfonds eine Überbrückungshilfe.

Oft kommen Alleinerzieherinnen. Zuletzt eine Frau, deren

Mann sich mit einer neuen Freundin verabschiedet hat. Die mit ihrem Mann mitversicherte Frau blieb mit der 12-jährigen Tochter in der Wohnung, die auf den Verflommenen läuft, zurück. Da hilft Elke Kahr nicht nur mit Geld aus, sondern auch bei der Wohnungssuche.

Eine Wohnung konnte sie auch einem Schulwart vermitteln, der nach der Scheidung nicht wusste, wohin. Für ihn gab's einen Zuschuss zur Kautions. Kautionen seien überhaupt ein Problem für viele, sagt Elke Kahr. Ein Grund, warum die KPÖ seit Jahren auf einen Kautionsfonds pocht.

„Es ist den Wählern der KPÖ zu verdanken, dass ich in akuten Notlagen praktische Hilfe leisten kann. Besser wäre es, wenn es durch soziale Gerechtigkeit gar nicht zu solchen Notlagen kommt. Und wenn die Stadt stattdessen bei den Polit-Einkommen sparen würde“, schließt Elke Kahr.

SANIERTE GEMEINDEWOHNUNGEN



Bisher wurden mit dem langfristigen Programm „Ein Bad für jede Gemeindewohnung“ 850 Wohnungen aus städtischem Eigentum umfassend saniert, das bedeutet, auf aktuellen Wohnstandard gebracht, mit Heizung, Bädern, Fußböden und neuen Fenstern ausgestattet. Lifte und Vollwärmeschutz werten die Wohnungen zusätzlich auf. Damit verbessert sich die Lebensqualität für viele Grazerinnen und Grazer.

MEINUNG

Wohnungsstadträtin Elke Kahr:

Teures Wohnen in schweren Zeiten

Liebe Grazerinnen und Grazer!

Angeblich gibt es bei uns fast keine Teuerung. Gleichzeitig beklagen sich sehr viele Menschen darüber, dass vieles immer teurer wird.

Warum ist das so?

Die Kosten für das Wohnen sind ein besonders drastisches Beispiel. Die Schere zwischen Inflationsrate und Steigerung der Wohnungskosten geht im Jahr 2009 immer weiter auseinander. Während die allgemeine Teuerung im Oktober mit 0,3 Prozent statistisch kaum vorhanden war, sind die Mieten im Jahresabstand mit 5,5 Prozent gleich über achtzehnmal so stark gestiegen.

Die Preisanstiege bei der Instandhaltung von Wohnungen, durchschnittlich +4,3 Prozent, wo vor allem Material für die Instandhaltung und Reparatur von Wohnungen teurer wurde, wirken sich ebenfalls negativ auf das Haushaltsbudget aus. Dazu

kommen die Verteuerungen für Strom (+5%) und Gas (+8%) sowie die Kostenerhöhung bei den Versicherungen, die um 3,3% teurer geworden sind.

Und im kommenden Jahr steigen in Graz die Müll- und Kanalgebühren. Auch das wirkt sich bei den Wohnkosten aus. Mit diesen Zahlen werden meine eigenen Erfahrungen nur bestätigt. Immer mehr Menschen können sich die hohen Mieten auf dem privaten Wohnungssektor nicht leisten. Häufig sind sie zusätzlich von Lohnkürzungen, Sozialabbau und Arbeitslosigkeit betroffen. Sie können sich die Kautions für die Wohnung nicht leisten. Oft fehlt sogar das Geld für Möbel. Diesen Menschen muss geholfen werden und nicht Banken und Konzernen.

meint

Ihre Stadträtin Elke Kahr

Tel. 872 20 60



Sanierungsbeispiel: Schönau 2.

INITIATIVEN AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Langes Warten

Verbesserungen bei den Grazer Verkehrsbetrieben am Wochenende und in der Nacht waren nicht immer erkennbar. Während bei den Buslinien 33, 60 und 85 der Nachtbetrieb aufgewertet wurde, müssen die NutzerInnen der Linie 7 am Wochenende am Jakominiplatz bis zu 20 Minuten auf Anschlüsse warten. **KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber** fragte bei Bürgermeister Siegfried Nagl um Verbesserungen an.



Nazi-Gräuel

KPÖ-Gemeinderat Andreas Fabisch setzt sich für eine Gedenktafel für Naziopfer im Burggarten ein. Als Standort für die Tafel mit den Namen der Naziopfer von 1938 bis 1945

bietet sich der „Tränenkanal“ im Garten an. Die Gedenktafel wäre eine Ergänzung für das Freiheitsdenkmal im Burggarten.

Gefährliche Videowall



Werbung auf riesigen Videobildschirmen sieht man in Graz immer öfter. Etwa im Messeumfeld in der Conrad-v.-Hötendorfstraße. Speziell in der Wand vor der Stadthalle ortet **KPÖ-Klubchefin Ina Bergmann** ein Verkehrsrisiko: „Die Autofahrer werden von der Tafel besonders in der Nacht massiv abgelenkt.“ Sie stellte den Antrag auf Überprüfung der Videowalls in Bezug auf ihre Auswirkungen für die Verkehrssicherheit.

Ausgesperrte Einsatzfahrzeuge

Bei Wohnsiedlungen ist Feuer am Dach – zumindest dort, wo Schranken der Rettung die Zufahrt versperren. „Während sich die Rettung damit herumschlagen muss, wie man den Schranken aufbekommt, vergeht wertvolle Zeit“, sagt **KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer**. Sie beantragte im Gemeinderat, dass Schrankenanlagen für Einsatzfahrzeuge per Fernsteuerung zu öffnen sind.

Postpartner

Im Sommer wurden zahlreiche Postfilialen im Grazer Stadtgebiet geschlossen. In den Medien wurde bereits eine für nächstes Jahr geplante Schließung



weiterer Postfilialen kolportiert. Daher drängte **KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora** in einer Anfrage darauf, die Versorgung der Bevölkerung in der Nähe bereits geschlossener Postfilialen zu gewährleisten.

Mädchenzentrum

Seitens der Stadtregierung ist in Graz ein Zentrum für Mädchen und junge Frauen geplant. Für diese Zielgruppe gibt es kaum Angebote, die zur Stärkung und Förderung ihres Selbstwertgefühls beitragen. **KPÖ-Gemeinderätin Uli Taberhofer** hat den Verdacht, dass diese wichtige Initiative stillschweigend unter den Tisch fallen soll und drängte im Gemeinderat auf Umsetzung der Pläne für ein Mädchenzentrum.



MOGELPACKUNG

910 g Mehl statt einem Kilo, 9 Taschentücher statt 10 in der Packung – die Verpackungsverordnung der EU macht es möglich, neue, kleinere Verpackungsgrößen zu verwenden. Der Preis bleibt für Konsumenten freilich der gleiche. Für die Einkaufenden ist das ein Anschlag auf die Brieftasche und zudem ein unübersichtliches Ärgernis. Wer keinen Taschenrechner bei der Hand hat, kann kaum Preisvergleiche anstellen.

KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** nahm das zum Anlass eines Dringlichen Antrags im Gemeinderat, der einstimmig angenommen wurde. Demnach wird die Bundesregierung aufgefordert, Verbesserungen durchzusetzen: Die Liter- und Kilopreise sollen im Handel größer und übersichtlicher sein als jetzt. Die KPÖ ist für die Rücknahme der EU-Mogelpackungs-Verordnung.

VERBAUUNG STATT GRÜNOASE

Schützt die Kleingärtner!

KPÖ setzt sich für eine dauerhafte Sicherung der Grazer Heimgärten ein. Grüne und ÖVP stimmten gegen die Heimgärtner.

Fünf von 27 Grazer Heimgärten haben keinen Dauerstatus und könnten verbaut werden. In drei weiteren gibt es Vorbehaltsflächen für eine Verbauung. **KPÖ-Gemeinderätin Gerti Schloffer** (Bild) machte sich im Gemeinderat für den langfristigen Erhalt der Gärten stark.

Fragt man die Grazer, was ihnen in der Stadt wichtig ist, dann kommt ziemlich am Anfang der Grünraum. Die Heimgärten sind

nicht nur die grüne Lunge der Stadt, sondern sie ermöglichen vielen einen Zugang zum Gärtnern, die sonst nur eine Wohnung haben. Dass die Heimgärten bestehen bleiben, ist allerdings keine „g'machte Wiesen“. Denn fünf Gartenanlagen – „Steirischer Panther“, „Blumenfreunde“, „Theodor Körner“, „Freie Erde“ und „Ha-

nuschplatz“ – sind nur „Prekarien“, d.h. einen Kündigungsschutz gibt es nicht. In den Anlagen „Grünanger“, „Fröhlich“ und „Schönau“ gibt es Vorbehaltsflächen, die ebenfalls verbaut werden dürften. „Für die Pächter der Kleingärten ist das ein Zustand der Unsicherheit, da sie jederzeit befürchten müssen, dass die Stadt Graz ihnen das Recht auf ihr Stückchen Land abspricht“, sagt Gerti Schloffer. Ihr Antrag wurde mehrheitlich angenommen – nur die Grünen und die ÖVP sind dagegen. Nun wird geprüft, wie man die Grazer Heimgartenanlagen dauerhaft sichern kann.





9 Bezirksämter vor dem Aus

Nur noch 7 statt 17 Bezirksämter soll es künftig in Graz geben. Bürgerfreundlichkeit und -service bleiben für die Grazer auf der Strecke.

Das Schwarz-grüne Rathausbündnis will die Bezirksämter durch eine Handvoll Service-Center ersetzen. Neun Bezirksämter stehen vor dem Aus – in Lend, Gries, Liebenau, Waltendorf, Mariatrost, Gösting, Eggenberg,

Wetzelsdorf und Puntigam. Dafür soll es „Competence-Center“ in Ries, Jakomini, St. Peter, Andritz, Straßgang und beim Hauptbahnhof geben. Besonders schlimm an den Plänen: Die gruselige Idee wurde dem zuständigen Ausschuss im Gemeinderat so spät vorgelegt, dass keine Zeit war, das 37 Seiten starke Konvolut überhaupt anzuschauen!

Weiße Wege

Viele Grazerinnen und Grazer müssen dem schwarz-

grünen Belastungspaket zufolge weite Wege für Behördengänge in Kauf nehmen. Vor allem wird es besonders die Bedürftigsten treffen: Behinderte, Alte, sozial Bedürftige, Mütter mit Babys. KPÖ-Bezirksrat Günter Leber: „Das ist eine Verschlechterung des Services und der Basisdemokratie. Wenn man den Gang zum Bezirksamt erschwert, fallen wahrscheinlich Anträge von Bedürftigen weg.“ Für Sitzungen der Bezirksräte wäre auch kein Platz mehr.

Info zur Sozialhilfe

Was tun, wenn die Sozialhilfe gekürzt wurde oder wenn Sonderzahlungen fehlen? Dann müssen Sie „berufen“! Wir helfen dabei!

Bei Menschen, die länger als ein Jahr Sozialhilfe bezogen haben, wird die Sozialhilfe von manchen Sozialämtern drastisch gekürzt – nämlich auf den ASVG-Richtsatz für Pensionisten mit Ausgleichszulage. Dies trifft vor allem Familien oder Alleinerziehende mit Kindern sehr hart. In mehreren Fällen hatten Berufungen gegen diese Kürzungen Erfolg, und die volle Sozialhilfe musste wieder ausbezahlt werden. Betroffene sollen auf jeden Fall einen Bescheid verlangen und dagegen die Berufung einbringen. Das kann sich auszahlen!

Die Sonderzahlungen im Juni und November stehen sofort in voller Höhe zu und nicht erst – wie bei einigen Sozialämtern gehandhabt – nach 3 Monaten durchlaufendem Sozialhilfebezug. Betroffene, die im November keine Sonderzahlungen bekommen, sollen ebenfalls einen Bescheid verlangen und dagegen berufen.

Auch in dem Monat, in dem um Sozialhilfe angesucht wird, steht die gesamte Sozialhilfe zu – nicht wie in manchen Sozialämtern gehandhabt – nur anteilmäßig ab dem Tag des Ansuchens. Auch dagegen kann berufen werden.

DSA Karin
Gruber
Herrengasse 16
Tel. 877 - 5101



Requiem auf Mur-Auen?

Freitag, 4. Dez,
13.00 Uhr:

Treffpunkt: Kalsdorfer Brücke
„Sternwanderung
in den Auen“
mit Informationen zu den
geplanten
Kraftwerken.

Die Energie Steiermark will ein Mur-Kraftwerk in Puntigam durchboxen

Kraftwerk Puntigam. Hier soll ein Wasserkraftwerk durchgeboxt werden, für das es in Österreich keinen Bedarf gibt, um in Deutschland „günstigen Ökostrom“ anbieten zu können. Die Kosten für ein neues Kanalsystem, das durch die Wasserspiegelanhebung notwendig wird, soll aber die Stadt Graz tragen. Zur Bezirksversammlung in Jakomini wurden nur EStAG-Vertreter eingeladen. Der KPÖ-Antrag, auch den Naturschutzbund zu laden, wurde von ÖVP, SPÖ und FPÖ abgeschmettert. „Die Veranstaltung hatte nur den Sinn, den Leuten das Kraftwerk aufzuschwatzen“, so KPÖ-Bezirksrat Gottfried Stevanecz.



GRAZ und GELD

Müll und Kanal schon wieder teurer

Seit der letzten Erhöhung der Kanal- und Müllgebühren ist noch kein Jahr vergangen. Trotzdem: Mit 1. Jänner 2010 ist eine weitere Erhöhung der Müllgebühren geplant.

Bei der Grundgebühr gibt es zwar geringfügige Gebührensenkungen. Doch der Biozuschlag, jener Beitrag, der bei Bereitstellung einer Biomülltonne eingehoben wird, soll um **ganze 21 Prozent (!)** erhöht werden. „Vor allem Bewohner von Mehrparteienhäusern, die keine Möglichkeit haben, ihren Biomüll selbst zu kompostieren, zahlen hier drauf“, stellt KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann fest.

Die KPÖ fordert einen generellen Stopp bei Gebührenerhöhungen und spricht sich für eine Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Gebühren aus.



Luxusradweg

3,6 Millionen Euro (50 Millionen Schilling) wollte Grünen-Vizebürgermeisterin Rucker für einen Radweg am Grazer Messegelände ausgeben! Mehr als die Hälfte der Kosten von 1.630,- Euro pro Laufmeter würden auf Grundstücksablösen entfallen. „Dabei wurden die für den Radweg notwendigen Grundstücke erst vor ein paar Jahren von der Stadt Graz an die Messe abgetreten. Jetzt soll die Stadt sie um teures Geld wieder zurückkaufen“, zeigte sich KP-Gemeinderat Manfred Eber verständnislos und machte deutlich, dass die KPÖ diesem Vorhaben nicht zustimmen werde. Jetzt hat Rucker kalte Füße bekommen und das Stück zurückgezogen. Mit dem gesparten Geld könnten notwendige Lückenschlüsse anderer Radwege finanziert werden.



2004 gingen die BUWOG-Wohnungen an die Immofinanz, die mit 916 Millionen Euro gerade eine Million mehr bot als ihr Konkurrent CA Immo. Anderen Bietern wurde überhaupt signalisiert, dass sie sich gar nicht bewerben brauchen. Das Geschäft feierte man am Wiener Opernball, berichtete die APA. Unter Beisein des damals zuständigen Finanzministers Karlheinz Grasser.

RECHTE SEILSCHAFTEN (FPÖ-BZÖ) KASSIEREN AB

Rechte Korruption im Visier der Justiz

9,6 Millionen Euro für FPÖ-Parteigänger und Freund von Karlheinz Grasser für „Tipps“ bei Buwog-Verkauf an Immofinanz. Staatsanwaltschaft ermittelt gegen eine FPÖ-Seilschaft.

Glücklich Wohnen ist nicht nur der Slogan der BUWOG, sondern bis vor kurzem auch von Walter Meischberger, Peter Hohegger und Karlheinz Grasser. Meischberger und Hohegger bekamen vom BUWOG-Käufer Immofinanz 9,6 Millionen Euro als Beraterhonorar – für Leistungen, die der aktuelle Immofinanzchef Zehetner nicht nachvollziehen kann. Er überlegt, das Geld zurückzufordern. Steuer haben Meischberger und Hohegger bis heuer keine dafür bezahlt. Erst nach Auffliegen der Affäre haben sie Selbstanzeige erstattet.

Die Immofinanz hat die

Bundeswohnungen (BUWOG, WAG, EBS, ESB) 2004 um 916 Millionen Euro gekauft und nur eine Million mehr geboten als die CA-Immo. Der als Finanzminister damals verantwortliche Grasser will von der Weitergabe von Insider-Informationen durch seine Freunde – Ex-FPÖ-Generalsekretär Meischberger war Grassers Trauzeuge, Hohegger Grassers enger Berater – nichts gewusst haben. Gegen alle drei ermittelt die Staatsanwaltschaft. Abgewickelt wurde das Beraterhonorar über eine Briefkastenfirma auf Zypern. Die musste 2007 nochmals herhalten – für ein Beratergeschäft mit der Firma Porr in Linz: Bei Verhandlungen mit der Finanzbehörde soll der Firma Porr bedeutet worden sein, man könne den Abschluss „beschleunigen“ – mittels einer Zahlung von 200.000 Euro an eine zypriotische Firma.

Das alles wirft ein bezeich-

nendes Licht auf die FPÖ: Grasser und Meischberger wurden in Jörg Haiders FPÖ-Buberlpartie groß. Grasser ließ sich eine Homepage von der Industriellenvereinigung bezahlen. Ex-FPÖ-Bundesgeschäftsführer Rumpold verdiente hunderttausende Euro als Berater beim Eurofighter-Kauf.

GRASSERS SKANDALE

Homepage-Affäre: Schon früh bekannt wurde die Freunderl-Finanzierung über eine Grasser-Jubel-Homepage.

Eurofighter Kauf: Hunderttausende Euro flossen an FP-nahe Firmen beim Kaufentscheid für die Eurofighter.

Glücksspiel-Mafia: Auf Grassers Initiative wurden dubiose Glücksspielfirmen gesetzlich gedeckt.

Spekulation mit Steuermitteln: Im Sommer 2009 stellte sich heraus, dass die Regierung Steuermittel verspekuliert hat. Ermöglicht wurde dies durch eine Gesetzesinitiative Grassers.

GESPRÄCH MIT ARCHITEKTIN ELISABETH LECHNER

„Nur Supermärkte sind zu wenig“

Wer wenig Geld hat, lebt auf geringem Raum. Darüber und warum es im Bezirk Lend nur einen öffentlichen Spielplatz gibt, sprach das Grazer Stadtblatt mit der Architektin Elisabeth Lechner.

Stadtblatt: Neuere Wohnbauprojekte folgen einem Trend: Innen wohnen viele Menschen auf immer weniger Quadratmetern und im Außenraum gibt es immer weniger Platz für Grünraum oder Parkanlagen. Wie wirkt sich das auf das Zusammenleben aus?

Elisabeth Lechner: Generell wächst der Wohnraumanteil pro Person, aber das trifft nicht auf ärmere Menschen zu. Das und der Umstand, dass Freiflächen von Wohnanlagen in der Planung meist unterbewertet werden und die Stadt in ihren Wohngebieten und Stadtteilen nicht ausreichend für öffentliche Park- und Sportanlagen sorgt,

führt dann zu Konflikten. Zu wenige Flächen müssen zu viele Funktionen erfüllen. Viele Bedürfnisse, meist die der Jugendlichen, bleiben auf der Strecke. Hausordnungen sind verbotsorientiert und jugendgerechte Freiflächen kommen weder in der Wohnbauförderung noch in der Stadtplanung ausreichend vor.

Stadtblatt: In Lend gibt es nur einen einzigen öffentlichen Sportplatz, nämlich den Volksgarten. Wie kann es in einem der bevölkerungsreichsten Bezirke dazu kommen?

Elisabeth Lechner: Wenn Flächen nicht langfristig gesichert werden, ist irgendwann kein Raum mehr für Sportplätze oder Parks vorhanden. So wurden im Bezirk zwar viele Wohnungen geschaffen, aber keine sozialen und kulturellen Wohnfolgeeinrichtungen. Das Ansiedeln von Supermärkten ist zu wenig. Denn eines ist klar: Privatinvestoren werden keine öffentlichen Sportplätze

errichten.

Stadtblatt: Wie müssten die gesetzlichen Grundlagen verändert werden, um einen Wohnbau zu garantieren, der sich mehr am Interesse der Bewohner denn am Profitgedanken orientiert?

Elisabeth Lechner: Schon jetzt könnte die Stadt die vorhandenen Planungsinstrumente dazu nützen. Aber sie beugt sich zu sehr den Investoren und vernachlässigt die Bevölkerung. Damit sozialer Wohnbau besser bzw. alltagstauglicher wird, muss sich einiges in der Wohnbaugesetzgebung und -förderung ändern. Es braucht Förderungen für Spielplätze, Freiflächen, Gemeinschafts- und Serviceräume. Gefördert wird derzeit nur die Nettoutzfläche der Wohnungen. Außerdem müssen neue soziale Wohnbaustandards geschaffen werden.

Stadtblatt: Sie haben in ihrer von Stadträtin Kahr in Auftrag gegebenen Studie „Kommunaler Wohnbau anders“ alternative



Architektin DI Elisabeth Lechner: Neue Standards für sozialen Wohnbau schaffen!

Wege aufgezeigt. Wie könnten diese aussehen?

Elisabeth Lechner: Es geht um ein Zusammenspiel von alltagsgerechten und flexiblen Grundrissen, komfortabler Erschließung, die Wohnungen ergänzenden Serviceeinrichtungen und vielfältigen, gut nutzbaren Freiräumen. Guter Wohnbau ist eine Bereicherung für den Stadtteil. In der Zeillergasse soll ein Vorzeigeprojekt modernen kommunalen Wohnbaus umgesetzt werden.



Auf diesem Areal (beim Fabrikschlot) entstehen Gemeindewohnungen unter Berücksichtigung des sozialen und infrastrukturellen Umfeldes.

SÜNDENKATALOG DER KREDITINSTITUTE

Wie Banken ihre Kund



Aufschrei der Arbeiterkammern: Banken verrechnen Wucherzinsen für Kontoüberziehungen und bieten komplizierte und schwer verständliche Spar- und Veranlagungsprodukte an.

Banken nehmen Kunden „Baus!“ und „Geneppte Bankkunden!“ – So lauteten die Schlagzeilen eines Flugblattes, mit dem die KPÖ Steiermark zum Weltspartag auf teure Überziehungszinsen und hohe Kontogebühren der Kreditinstitute aufmerksam gemacht hat. Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler forderte eine gesetzliche Regelung der Bankgebühren. Zu dieser in der „Steirischen Volksstimme“ vorbereiteten Initiative leisteten die Arbeiterkammern (AK) Steiermark und Wien nun Schützenhilfe.

Die AK Steiermark veröffentlichte eine Gegenüberstellung der Soll- und Habenzinsen von Grazer Banken für Privatkunden. Bei den Sollzinsen bewegt die Bandbreite sich ohne Kontorahmen zwischen 13 und 18,25 Prozent, innerhalb eines Überziehungsrahmens zwischen 8,5 und 13,5 Prozent und bei Überschreitung des Überziehungsrahmens zwischen 13 und 18,5 Prozent. Erbärmlich niedrig sind hingegen die Habenzinsen für täglich fällige Einlagen mit 0,125 bis 1 Prozent.

Von der Hausbank ausgesackelt? 18 und mehr Prozent Überziehungszinsen, Gebühren für Bankomatkarten, Kontoführung, Buchungszeilen, Eigeneinzahlungen – selbst die EU meint, dass die Bankgebühren in Österreich überhöht sind

Sagen Sie uns Ihre Meinung und gewinnen Sie!

Abkassiert und ausgeliefert?

Verlost werden T-Shirts und kleine Buch- und Sachpreise.

18 und mehr Prozent verlangen Banken für das Überziehen des Kontos. Dazu kommen weitere Gebühren. Sackeln uns die Banken aus?

- 1. Ja
- 2. Nein
- 3. Ist mir egal

Eigene Gedanken und Anregungen:

Ich möchte regelmäßige Informationen über die Arbeit der KPÖ erhalten

Name: _____

Adresse: _____

Falls Sie ein T-Shirt als Preis wollen, bitte Größe angeben (S/M/L/XL/XXL)



An das
**Grazer
Stadtblatt**

c/o KPÖ-Graz
Lagergasse 98a
8020 Graz

Keine Alternative zu den Banken

Gleichzeitig bereichern die Banken sich an den Privatkunden, die wegen der Vorherrschaft des bargeldlo-

Fax: 71 62 91

en melken

sen Zahlungsverkehr praktisch zwangsverpflichtet sind – durch überhöhte Kontogebühren sowie teure Tarife für Einzelleistungen wie Bareinzahlungen von Erlagscheinen. Nach einer Untersuchung der Europäischen Kommission belaufen sich die Kontogebühren in Österreich pro Jahr und Konto auf durchschnittlich 140 Euro. In Deutschland begnügen die Kreditinstitute sich mit 89, in Belgien mit 58 und in den Niederlanden gar mit 46 Euro, ohne deswegen am Hungertuch zu nagen.

Komplizierte Spar- und Anlageprodukte

Ein weiterer Aufschrei kommt von der AK Wien, nachdem sie eine Studie über aktuelle Spar- und Anlageprodukte der heimischen Kreditinstitute in Auftrag gegeben hat. Das Ergebnis fasst Harald Glatz von der Arbeiterkammer zusammen: „Viel zu kompliziert, teils undurchschaubar, fehlende Kosten – so stellen sich die neuen Veranlagungs-, Spar- und Vorsorgeprodukte ein Jahr nach Ausbruch der Finanzkrise für die Konsumenten dar.“

In der Studie heißt es wörtlich: „Die Werbung erweckt den Eindruck, als ob es sich um einfache, sichere und gut verzinsten Produkte handelt – aber oft ist genau das Gegenteil der Fall: Es sind häufig komplizierte, kaum verständliche Anlageprodukte, die selbst von engagierten Kundenberatern in Banken kaum oder gar nicht darstellbar sind.“

Weiter wörtlich: „Die Informationsgestaltung der Anbieter ist generell mangelhaft.

Auf den Homepages, Produktfoldern, aber auch bei Beratungsgesprächen erhielten die AK-Testkäufer nicht einmal die notwendigen Informationen, um das Produkt verstehen zu können. In nur einem von acht Kundengesprächen legte der Kundenberater anfallende Kosten auf den Tisch.“

Alle haben geschludert

Geschludert bei der Erstellung der Angebote haben nach der AK-Studie sämtliche namhaften Banken und Sparkassen in Österreich: Bank Austria, PSK, Erste, Raiffeisen, Volksbank u.a. Die AK verlangte eine starke Verbesserung und Vereinfachung der Informationen und eine Beteiligung der Banken an den explodierenden Beratungskosten, die der Verein für Konsumenteninformation und die AK für das Ausufern von Kundenbeschwerden zu tragen haben.

Krisentheoretiker sind sich einig, dass die Anhäufung von Kapitalüberschüssen und die Umverteilung auf Kosten der ArbeiterInnen und Angestellten in den letzten 15 Jahren die eigentliche Ursache für die Finanzkrise waren. Nicht uneteiligt an der Entwicklung der Krise waren jedoch die Kreditinstitute. Vor allem durch den Handel mit „Finanzderivaten“, wie z. B. zu Paketen geschnürte und zu hoch bewertete Hypothekarkredite, die sie selbst nicht mehr verstanden haben.

Endkunden nun Spar- bzw. Rücklageformen anzubieten, die nicht einmal von den haus-eigenen Beratern überzuckert werden, schlägt dem Fass den Boden aus. *Lutz Holzinger*

Helfen statt reden Mit Rat und Tat!

KPÖ Notruf 0316/877 5102

Wir beraten Sie gerne. Tel. Anmeldung erbeten. Landhaus-Hinterhaus

Privatkonkurs

Lebenslänglich in Österreich

Ein Privatkonkurs ist in Österreich möglich, jedoch für viele durch eine zu hoch angesetzte Quote nicht zu erreichen. Das führt unter anderem dazu, dass selbst Hilfsorganisationen nicht helfen können.

Die Restschuldbefreiung bei Privatkonkursen ist in Österreich ein ungelöstes Problem. Während in Großbritannien eine Restschuldbefreiung schon nach einem Jahr



und in Deutschland nach 6 Jahren – ohne Wenn und Aber – möglich ist, gilt in Österreich „lebenslänglich“. Denn wenn in sieben Jahren die Quote von 10 Prozent nicht erbracht werden kann, leben alle Schulden von neuem auf. Eine Gesetzeslücke, die dringend repariert gehört. Die steirische KPÖ bemüht sich derzeit in einem Musterverfahren um die Abschaffung der Hürde.



Stammtisch des GLB -

jeden ersten Mittwoch im Monat

ab 17.00 Uhr im

Karl-Drews-Klub im Volkshaus Graz (Lagergasse 98a)

Mittwoch, den 2. Dezember 2009

Thema: „Situation der Lehrlinge“

Mit: Sarah Reibnegger, Kurt Luttenberger, Lubomir Surnev

Eine Auszubildende, ein Arbeiterkammerrat und ein Vertreter der kommunistischen Jugend werden mit ihren konkreten Erfahrungen kurz ins Thema einführen. Danach freuen wir uns auf eine spannende Diskussion.

Unser Leben
ist mehr wert
als eure
Profite



„Wir könnten alle Menschen ernähren“

Laut UN-Organisation FAO leidet mehr als eine Milliarde Menschen Hunger. Ein Gespräch mit dem Ernährungsexperten Geoff Tansey, der beim diesjährigen elevate-Festival in Graz zu Gast war.

Stadtblatt: Gegenwärtig leidet mehr als eine Milliarde Menschen Hunger. Müsste das so sein?

Geoff Tansey: Wir wären in der Lage, alle Erdenbürger zu ernähren. Das scheitert aber daran, dass bei der weltweiten Lebensmittelversorgung in den vergangenen drei Jahrzehnten der Akzent immer mehr zur Produktion und zum Profit verschoben wurde – auf Kosten der sozialen und ökologischen Erfordernisse.

Die Hersteller von Nahrungsmitteln sehen sich ständig mit möglichen Überproduktionskrisen konfrontiert, während ein Sechstel der Welt hungert. Wieso dieser Widerspruch?

Geoff Tansey: Dieses landwirtschaftliche Modell ist die Antwort auf die Überproduktion in Nordamerika und Europa in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Der Umstand, dass der Westen nicht endlos viele Nahrungsmittel braucht und dass seine Märkte gesättigt sind, hat dazu geführt, dass die Industrie bloß noch in Produkte investiert, die mehr Profit abwerfen. Billige Erzeugnisse werden teuer gemacht – indem z.B. Sojamehl zu Fleischersatz wird oder Getreide zu Agrotreibstoff. Jede Innovation der Industrie führt in diese Richtung. Das trifft auch die vielen kleinen Bauern, denn eine kapitalintensivere Produktion, die höhere Profite abwerfen soll, muss zwangsläufig auch die Arbeitskosten senken.

In Europa bekommen das derzeit die Milchbauern zu spüren. Welche Rolle spielt die EU bei der Industrialisierung der Landwirtschaft?

Geoff Tansey: Die EU gibt vor, mit ihrer Agrarpolitik die kleinen Bauern zu stützen. Tatsache ist aber, dass die meisten Subventionen Großbauern und oft sogar Unternehmen direkt zukommen; einer der größten Bezieher landwirtschaftlicher Fördergelder in Großbritannien ist eine Zuckerfabrik. Dieses System hat zur Erhöhung der Produktion geführt, es kommt nicht den kleinen Bauern zugute. Und es erhöht den Druck auf die Märkte in Entwicklungsländern.

Inwieweit hat die Wirtschaftskrise die Unterernährung verschärft?

Geoff Tansey: Sie ist einer der Gründe dafür, dass die Zahl der Hungernden stark gestiegen ist. Aber auch die Deregulierung der Finanzmärkte mitsamt den Spekulationen auf Lebensmittel in den letzten 20 Jahren hat dazu geführt, dass Lebensmittel teurer wurden.

Was schlagen Sie also vor?

Geoff Tansey: Erstens müsste dem System der Patentierung geistigen Eigentums in der Landwirtschaft Einhalt geboten werden, weil es den größten Konzernen den Ausbau ihrer enormen Monopolstellung erlaubt hat. Zweitens stellt sich die Frage, wie man die Macht der transnationalen Konzerne einschränken und die Handelsbeziehungen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern auf eine faire Basis stellen kann.

Das gesamte Interview kann unter <http://www.jungewelt.de/2009/10-27/051.php> nachgelesen werden.



Längst halten die Werbeeinschaltungen der Lebensmittelkonzerne nicht mehr das, was sie versprechen. Der Trend zu synthetisierten Produkten minderer Qualität schlägt den Konsumenten zusehends auf den Magen.

Kinder-Riegel ist der Schokoriegel mit den fünf Milchzuckern. Sein ganz spezieller milchiger Geschmack mit dem außergewöhnlich hohen Milchanteil macht ihn bei Jung und Alt so beliebt“, heißt es auf der Homepage von Ferrero, einem der weltweit führenden Süßwarenhersteller. Die „Extra-Portion-Milch“ mit viel gutem Kalzium, so verspricht die Werbung, bedient die Idealvorstellung vieler Eltern: Naschen ohne schlechtes Gewissen. Allein, der Realität hält die Werbung nicht stand. 13 Kinder-Riegel

müsste ein Kind essen, um den Tagesbedarf an Kalzium zu decken. Damit bekäme der Jungspund noch 48 Stück Würfelzucker und eine halbe Packung Butter mit serviert; ganz abgesehen von diversen Aromen und Zusatzstoffen.

Das Beispiel Kinder-Riegel ist nur eines von vielen für die Diskrepanz zwischen dem, was die Werbung verspricht, und dem, was die feilgebotenen Lebensmittel tatsächlich bieten (siehe Infokasten). 30.000 neue Produkte bringt die Nahrungsmittelindustrie jährlich auf den Markt. Tendenz steigend. Die Qualität der Produkte hält mit dem Tempo der Produktneueinführungen kaum Schritt. Kalbsleberwurst ohne den geringsten Anteil von Kalbsleber, Käse, der statt aus Milch aus Pflanzenfett besteht und „Zitronen-Kuchen“, der nie eine Zitrone gesehen hat, sind nur der Gipfel in der Entwicklung. Die Sache mit

foto: flickr/jimmedia

Gesundheit



Verhindern wir
das Bauernsterben

www.afairemilch.at

dem „Zitronen-Kuchen“ ist ohnehin eine spezielle, findet sich der verwendete Aromastoff doch auch „in ganz ähnlicher Note“ in WC-Reinigern, wie der deutsche „Spiegel“ jüngst berichtete.

Der Grund für den zunehmenden Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Nahrungsmittelbranche ist schnell gefunden. „Der Westen braucht nicht endlos viele Nahrungsmittel. Seine Märkte sind gesättigt. Das hat dazu geführt, dass die Industrie bloß noch in Produkte investiert, die mehr Profit abwerfen“, sagt der Ernährungsexperte Geoff Tansey (Interview siehe links).



Der Ernährungsexperte Geoff Tansey war beim elevate-Festival im Oktober in Graz

Tatsächlich hat sich mit der vermehrten Synthetisierung in der Nahrungsmittelproduktion der Gewinn für die Lebensmittelkonzerne in den letzten Jahren vervielfacht. Allein der Umsatz in der Duft- und Aromamittelindustrie stieg von 12,9 Milliarden Dollar im Jahr 2000 auf 20,5 Milliarden im Jahr 2008.

Was die Konzernherren von Nestlé, Unilever, Danone und Kraft freuen mag, schädigt die Gesundheit der VerbraucherInnen und ihr Geschmacksvermögen. Da lohnt es sich, einen Tipp des US-amerikanischen Autors Michael Pollan zu beherzigen: „Essen Sie nichts, was Ihre Urgroßmutter nicht als Lebensmittel erkannt hätte“.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98 a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91 oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-graz.at

MEINUNG



Ernest Kaltenegger,
KPÖ-Klubobmann im Landtag

Sieg der Vernunft?

Tausende Menschen sind in der Steiermark von Spielsucht betroffen. Trotzdem hat die Politik bisher äußerst zaghaft auf dieses Problem reagiert. Der Einfluss der Glücksspiel-Lobby ist eben groß. Doch nun scheint endlich Bewegung in die Sache zu kommen.

Die auf dem Tisch liegenden Vorschläge könnten Abhilfe schaffen: Verbot des Geldscheineinzuges bei Spielautomaten, Festlegung einer Mindestdauer pro Spiel mit einer anschließenden Unterbrechung, Standortabgabe für Wettcafés sowie eine deutlich höhere Abgabe auf Geldspielautomaten. Dadurch könnte einerseits unterbunden werden, dass Menschen innerhalb einer Minute hundert Euro und mehr verlieren, andererseits

würde die Aufstellung von Geldspielautomaten auch für die Betreiber viel weniger attraktiv. Eine Reduzierung der jetzt zahlreichen Zockerbuden ist längst ein Gebot der Stunde!

Zerbrochene Existenzen, zerbrochene Familien und eine ständig steigende Kriminalität in Folge von Spielsucht sollte niemanden kalt lassen. Im Landtag scheint sich eine Mehrheit für wirksame Maßnahmen gegen diese Seuche abzuzeichnen. Sollte es wirklich in absehbarer Zeit zu entsprechenden Beschlüssen kommen, so wäre dies ein längst überfälliger Sieg der Vernunft.

Ernest Kaltenegger,
0316 / 877 5104
stadtblatt@kpoe-graz.at

DIE MOGEL-LISTE

CORNY SCHOKO

Schwindel: Corny, der Riegel mit „ausgewogenen Zutaten“ und dem „Besten aus dem Korn“ ist der „optimale Energiespender“.

Wahrheit: Getreide vor allem in verarbeiteter Form, verklebt mit jeder Menge Zucker. Der gesunde Müsli-Eindruck ist ein Etikettenschwindel am Müsli-Imitat-Riegel.

NESTLÉ: FITNESS FRUITS

Schwindel: Frühstücksflocken, die zu einem „gesunden Lebensstil“ beitragen, zur „Wunschfigur“ verhelfen, eine „leichte“, „ausgewogene“ Ernährung bieten.

Wahrheit: Die Flocken bestehen zu einem Drittel aus Zucker. Der macht auf Dauer nicht fit, sondern dick. Eigentlich eine Süßigkeit.

DANONE: ACTIMEL

Schwindel: Actimel – ein Joghurt-Drink, der das Immunsystem „aktiviert“ und „wetterfest“ macht.

Wahrheit: Jedes Joghurt „aktiviert“ das Immunsystem ein bisschen. Actimel ist viermal so teuer und doppelt so zuckrig wie Naturjoghurt. Wissenschaftliche Beweise für einen Erkältungsschutz gibt es nicht.

Quelle: www.foodwatch.de

KURZ BERICHTET

Graz braucht endlich den Sozialpass

Während es in Städten wie Linz, Wien oder Leoben und Kapfenberg bereits einen Sozialpass gibt, heißt es in Graz warten. Der Pass soll Behördenwege vereinfachen und vieles günstiger machen für jene, die weniger Geld haben (unter 1000 Euro pro Monat). GVB-Fahrten sollen ebenso billiger sein wie Eintritte in Museen, Sport- und Freizeiteinrichtungen (z.B. Schwimmbäder). Die KPÖ hat 1993 im Gemeinderat den ersten Antrag für einen Sozialpass gestellt. Am 19. September 2007 wurde dazu ein Dringlicher Antrag der KPÖ einstimmig angenommen. „Will die Stadt ihr soziales Gesicht bewahren, muss sie Geld für den Sozialpass in die Hand nehmen“, sagt KPÖ-Stadträtin Elke Kahr. Das hat nun auch SPÖ-Sozialstadträtin Elke Edlinger erkannt. Bleibt zu hoffen, dass der Pass nun schnell Wirklichkeit wird.

Klos für Spielplätze

Welche Eltern kennen das nicht: Alles passt am Spielplatz, bis ein Sprössling „ich muss aufs Klo“ krakeelt. Dann heißt es ab nach Hause oder ins nächste Kaffeehaus. Denn Klos sucht man bei Grazer Spielplätzen vergeblich. Und das soll so bleiben, wenn es nach Bürgermeister Siegfried Nagl geht. Selbst Vater eines kleinen Sohnes, meinte er zu Mitgliedern des Kinderparlaments, dass es für die Stadt zu teuer sei, dort WC-Anlagen zu errichten. Die Kinder sollen zu Hause aufs Klo gehen. Für KPÖ-Mandatarin Inge Azorn ein Ärgernis. Im Zeichen der „City of Design“ setzt sie auf neue Toiletanlagen. „Heuer gab es 320.000 Euro für das Bewerben der City of Design. Bis 2013 sollen 1,5 Millionen Euro für die Kreativwirtschaft folgen. Warum nicht Nützliches mit dem City of Design-Konzept verbinden?“, denkt die KPÖ-Bezirksträtin an „Designklos“ in Parks und bei Spielplätzen.



Info-Bus

Persönliches Service und Information: Kommen Sie zum Info Bus mit Stadträtin Elke Kahr!

Vier Stationen in Grazer Bezirken hat der Info-Bus der KPÖ bereits passiert. Zum letzten Mal vor der Winterpause macht der Bus am 27. November in der Scherersiedlung Halt. Am Berlinerring, in der Plüddemanngasse (St. Peter), am Andritzer Hauptplatz und im Volksgarten gaben Stadträtin Elke Kahr, KPÖ-Gemeinderäte sowie Bezirksvertreter Auskunft. Viele Themen, von der allgemeinen Wohnsituation über Betriebskostenabrechnungen bis hin zu sozialen Belangen und Beihilfenfragen kamen zur Sprache. „**Oft können wir rasch helfen, manchmal müssen wir gemeinsam mit den Betroffenen nach Lösungen suchen.**“, erklärt die Stadträtin. Die Info-Aktion wird im Jänner fortgesetzt.

OHNE VORWARNUNG

Den Strom abgedreht

Kein Kochen, kein Kühlschrank, kein Licht, keine Heizung: Ohne Strom zu Hause – für die meisten ist das unvorstellbar. Der Strom wird aber abgedreht, wenn er nicht bezahlt wird. Ein Frühwarnsystem fehlt immer noch.

Der Winter naht mit Riesenschritten. Wer jetzt ohne Strom dasteht, ist schlimm dran. Der Kühlschrank geht nicht mehr, Lebensmittel verderben, der Herd bleibt kalt – ebenso wie die Wohnung, wenn mit Strom geheizt wird. Wer den Strom nicht mehr zahlen kann, bekommt ihn abgedreht; ohne Vorwarnung.

Vor diesem Problem stehen immer mehr Menschen, die mit den Zahlungen in Verzug geraten. „Wegen der Wirtschaftskrise kommen die Menschen in Geldnöte. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Abschaltungen um 10 Prozent gestiegen. Im vergangenen Jahr gab es bei der Energie Graz rund 1500 Abschaltungen“, sagt Gerti Schloffer.

Schon im letzten Jänner hat die KPÖ-Gemeinderätin im Gemeinderat ein Frühwarnsystem gefordert. Die Betroffenen sollen nicht erst eine Minute vor 12 auf die drohende Abschaltung aufmerksam gemacht werden. Der Antrag wurde von allen unterstützt. Nur die FPÖ, die sich immer als Helferin der

kleinen Leute aufspielt, war nicht dafür. Bis heute gibt es allerdings kein Frühwarnsystem. Zwar agiert die Energie Graz in Einzelfällen sehr hilfsbereit, eine einheitliche Vorgehensweise bei Zahlungsrückständen gibt es aber nicht.

GRATIS STROM

Bezieher von Notstandshilfe oder Sozialhilfe haben Anspruch auf einen Sozialbonus der Energie Steiermark. Sie müssen mit dem Nachweis des Notstandshilfebezuges (AMS) oder des Sozialhilfebezuges (Magistrat oder BH) zu ihrem Stromanbieter gehen, dort ein Formular ausfüllen und erhalten dann 30 Tage gratis Strom!

UNTERSCHRIFTEN IM PARLAMENT ÜBERGEBEN

Ein Schritt zur Reichensteuer

5000 Steirerinnen und Steirer haben die KPÖ-Initiative unterstützt, Geldvermögen von mehr als einer Million Euro mit 5 Prozent zu besteuern. Eine steirische KPÖ-Abordnung hat nun die Unterschriften im Parlament übergeben. Jetzt ist der Nationalrat am Zug.



Die KPÖ-Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Renate Pacher übergaben die Unterschriften im Parlament.

Eine Reichensteuer ist angesichts der steigenden Armut und der Krise ein Gebot der Zeit. Die KPÖ schlägt eine Steuer von 5 Prozent auf Geldvermögen höher als eine Million Euro vor. 5000 Menschen haben dafür unterschrieben. Eine steirische KPÖ-Delegation hat die Unterschriften im Parlament übergeben. Dort wird die Reichensteuer nun behandelt.

Zum Forderungskatalog der KPÖ gehören neben der Steuer für Euro-Millionäre eine Entlastung

niedriger Einkommen und dafür ein höherer Spitzensteuersatz für Jahreseinkommen über 75.000 Euro sowie die Abschaffung der Steuerprivilegien von Privatstiftungen. Dort sind ja Milliarden Euro extrem steuerschonend geparkt.

„Multimilliönäre wie Meinl, Grasser oder Bartenstein müssen jetzt einen Beitrag leisten, wenn die Mehrheit der Bevölkerung von

Lohn- und Pensionskürzungen bedroht ist“, betont KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.



CLAUDIA KLIMT-WEITHALER Soziale Verantwortung

Mit 96,5 % der Stimmen wurde Claudia Klimt-Weithaler beim KPÖ-Landesparteitag zur Spitzenkandidatin für die Landtagswahl 2010 gewählt. Sie steht für soziale Verantwortung und konkrete Hilfe für Menschen in Notlagen.



SOZIALHILFE

Verwandte müssen zahlen

Wer Sozialhilfe benötigt, muss Verwandte auf Unterhalt klagen. KPÖ kämpft gegen diese familienfeindliche Regelung.

Verwandte bei Gericht verklagen zu müssen, um zu Sozialhilfe zu kommen – das kann in der Steiermark passieren. Derlei Fälle haben sich in der Steiermark zuletzt gehäuft. Die KPÖ machte im Landtag auf das Problem aufmerksam.

Vor einem Jahr wurde der Regress – die Rückzahlungspflicht – abgeschafft. So sollten Men-

schen mit sehr geringem Einkommen von der Bürde befreit werden, ihre Familienmitglieder finanziell zu belasten. Diese mussten zuvor die bezogene Sozialhilfe zurückzahlen, falls die Betroffenen das selbst nicht konnten.

Jetzt wurde die Rückzahlungspflicht hinterrücks wieder eingeführt – dadurch, dass Leute, die um Sozialhilfe ansuchen, schon vor dem Bezug Unterhalt von ihren Verwandten einklagen müssen. „Das führt zu Zerwürfnissen in den Familien und ist unmenschlich“, so KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.

Wir haben jenen Menschen eine Stimme gegeben, die sonst nicht gehört werden. Und wir haben Themen eingebracht, die ohne uns kaum Gehör gefunden hätten.“ – Claudia Klimt-Weithaler ist die Spitzenkandidatin der KPÖ für die Landtagswahl im Oktober 2010.

Claudia Klimt-Weithaler untermauert den Einsatz der KPÖ für soziale Gerechtigkeit mit Erfolgen, die die Partei in vier Jahren im Landtag verbuchen konnte. So wurde die Rückzahlungspflicht bei der Sozialhilfe auf KPÖ-Antrag abgeschafft. Bei der Wohnbeihilfe wurden die Wartezeiten verkürzt, der Gratiskindergarten nach lan-

gem Drängen der KPÖ eingeführt, die Chirurgen in Bad Aussee und Mürrzuschlag bleiben bestehen.

Die KPÖ-Spitzenkandidatin sieht einen klaren Auftrag für die Zukunft: „Wir setzen uns für die Bedürfnisse der Bevölkerung ein.“ Bei Sozialsprechstunden hilft die KPÖ praktisch weiter. Mit dem KPÖ-Sozialfonds – der Großteil der Gehälter der KPÖ-PolitikerInnen geht an Menschen in Not – leistet die KPÖ konkrete Hilfe. „Wir sind die Alternative zu herrschenden Parteien und zu den Rechten. Die KPÖ beugt sich nicht den Interessen der Mächtigen und verweigert faule Kompromisse“, so Klimt-Weithaler.

GLÜCKSSPIEL Ein Erfolg in Sicht

Maßnahmen gegen die Spielsucht scheinen in Reichweite. Automaten-spiel soll wirklich „kleines Glücksspiel“ werden.

Die Spielsucht ist in der Steiermark ein großes Problem. Unser Bundesland hat die höchste Dichte an Spielautomaten im deutschen Sprachraum. Das führt zu einer steigenden Zahl an Süchtigen und vielen negativen Begleiterscheinungen: Zerstörte Existenzen, Beschaffungskriminalität, zerbrochene Familien.

Nun ist im Landtag eine Mehrheit für die Vorschläge der KPÖ zur Bekämpfung der Geschäftemacherei mit der Spielsucht in Sicht. Ein Verbot von Geldscheineinzügen bei Spielautomaten sowie das Festlegen einer Mindestspieldauer von 20 Sekunden pro Spiel bei einer darauf folgenden Unterbrechung von 5 Sekunden soll kommen. Derzeit ist es möglich, die Automaten mit Scheinen oder überhaupt per Bankomat-kasse zu füttern und in einer Minute 100 Euro zu verzocken, weil die Mindestspieldauer technisch umgangen wird.

Außerdem soll künftig nur noch der Einwurf von Münzen in maximaler Höhe von 50 Cent zulässig sein. Dadurch würde der Anreiz für Spieler erheblich gesenkt und ein Verlust von hohen Geldbeträgen beinahe unmöglich gemacht. „Das ist ein ermutigendes Signal“, freut sich KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Ein Beschluss im Landtag sei der nächste Schritt.



KLIMT-WEITHALER: PRIVATSTIFTUNGEN ABSCHAFFEN! Wahlkampf-kosten beschränken

Kein Verständnis für die Vorgänge rund um die steuerliche SPÖ-Privatstiftung hat KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

Die SPÖ löst laut Medienberichten ihre Stiftung auf und führt deren Vermögen in eine GmbH über, die angeblich gemeinnützige Zwecke verfolgt.

Statt einen Eiertanz um ihr Parteivermögen hinzulegen, solle sich die SPÖ lieber dafür stark machen, die unter dem SP-Finanzminister Lacina eingeführten Privatstiftungen wieder abzuschaffen, so Klimt-Weithaler: „Privatstiftungen haben keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, es handelt sich ausschließlich um

ein Steuerprivileg für Superreiche. Privatstiftungen sind ein Teil jener wirtschaftsfeindlichen neoliberalen Finanzkonstrukte, die in den vergangenen Jahrzehnten dem Wirtschaftskreislauf immer mehr Geld entzogen und so zur massiven Arbeitsplatzvernichtung beigetragen haben.“

Klimt-Weithaler bekräftigt auch die Forderung nach einer Wahlkampf-kostenbeschränkung, für die die KPÖ auch im Landtag geworben hat. Das würde den Menschen mehr bringen als die Verschiebung von Parteivermögen von einem Finanzkonstrukt in ein anderes.



Anti-Privilegierte Partei: KPÖ für mehr soziale Gerechtigkeit

Die immer unüberschaubareren Summen, die für Wahlkämpfe ausgegeben werden, würden die Funktionäre der großen Parteien korrumpieren und dazu verleiten, das Geld „steuerschonend“ anzulegen, so Klimt-Weithaler.

STEIERMARKE-TARIF

Landtag für billigeren Strom

Mehrheit im Landtag für günstigen „Steiermark-Stromtarif“ der KPÖ. Statt 7,2 Cent pro Kilowattstunde soll der Strompreis 5 Cent pro kWh ausmachen.

Der Strompreis ist viel zu hoch. Schon im Sommer präsentierte KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg den „Steiermark-Tarif“ der KPÖ. Statt wie derzeit 7,2 Cent pro Kilowattstunde (kWh) soll der Strom der EStAG damit nur noch 5 Cent pro kWh kosten. Der KPÖ-Antrag wurde zuletzt mit Hilfe von ÖVP und Grünen angenommen. Nun muss Landeshauptmann Franz Voves handeln.

„Diese Preissenkung wird die Energie Steiermark nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen, weil die HaushaltskundInnen nur zu einem kleinen Teil zum Gewinn des Konzerns beitragen“, weiß der KPÖ-Abgeordnete. Außer-



flickr/michael.jh

dem stehen die Tarife der EStAG im Widerspruch zur Entwicklung des Strommarktes.

„Es ist erfreulich, dass nun noch ein Anlauf gestartet wurde, um den Strom für die Haushalte billiger zu machen. Das ist auch

die letzte Chance für LH Voves, eine Strompreissenkung auszuhandeln. Wenn er die Chance verstreichen lässt, werden wir mit einer Gesetzesinitiative in den Landtag gehen“, sagt Werner Murgg.

LKH BAD AUSSEE UND LKH MÜRZZUSCHLAG Zusperrpläne gescheitert

Mit dem Kaputtsparen der medizinischen Versorgung in der Steiermark hat sich die KPÖ nicht abgefunden. Nach langer Debatte im Landtag konnten die Chirurgen in Mürzzuschlag und Bad Aussee gerettet werden. Auch für das LKH Graz zeichnet sich Besserung ab.

Tief durchatmen können die Menschen im Ausseerland und in der Region um Mürzzuschlag. Entgegen ersten Plänen wird das LKH Bad Aussee nun eine chirurgische Abteilung erhalten, jene in Mürzzuschlag wieder in vollem Umfang in Betrieb genommen. Die Menschen müssen keine „Weltreisen“ antreten für eine gute medi-

zinische Versorgung. Dafür hat die KPÖ vehement gekämpft.

In Mürzzuschlag wird ab Sommer 2010 die Akutgeriatrie und Remobilisierungsstation errichtet. Die Chirurgie soll in sechs Monaten wieder voll funktionsfähig sein. In Bad Aussee wird im nächsten Jahr ein neues Spital mit 58 Betten samt chirurgischer Abteilung und Computertomograph in Angriff genommen.

Probleme in Graz

Schlimm dran ist das LKH Graz. Wiederholt hat die Chirurgie am LKH Alarm geschlagen, weil das Gebäude extrem desolat ist. Undichte Wasserleitungen sind dort noch das geringste Problem. Die KPÖ hat im Landtag mehrere Initiativen gestartet, um die Sanierung voranzutreiben. Nun zeichnet sich eine Lösung ab.



Photo: aged2death

Pflege: Geschäftemacherei verbannt

Nur öffentliche und gemeinnützige Pflegeheime sollen in Zukunft Förderungen bekommen.

Einem grundlegenden Wechsel in der Pflegevorsorge vollzog jüngst der Landtag. Mit den Stimmen von SPÖ und Grünen wurde ein KPÖ-Antrag beschlossen, wonach künftig nur noch öffentliche und gemeinnützige Pflegeheime vom Land gefördert werden sollen. Das ist eine klare Absage an die Geschäftemacherei mit der Altenpflege. Nun wird ein entsprechendes Konzept entwickelt.

„Es freut uns, dass man von der in den letzten Jahrzehnten geübten Praxis abweicht, die stationäre Pflege gewinnorientierten Betreibern zu überlassen. Unsere Argumente über Jahre haben nun gefruchtet. Es kann auf Dauer nicht akzeptiert werden, wenn private Heimbetreiber sich mit Steuermitteln goldene Nasen verdienen“, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

ALTENPFLEGE

Die KPÖ hat ihre Forderungen und Vorschläge zur Altenpflege in Form einer Broschüre veröffentlicht. Bestellungen beim KPÖ-Landtagsklub, Tel. (0316) 877-5104 oder per E-Mail an georg.fuchs@stmk.gv.at.



flickr /kimart4ch



PFLEGEELTERN

500 Pflegeeltern betreuen in der Steiermark rund 1000 Kinder. Der Bedarf ist aber weit größer, sagt KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler. Eine entsprechende Sozialversicherung und finanzielle Absicherung über das Pflegeelterngehalt hinaus sei ein Gebot der Stunde. Die KPÖ wird darauf drängen, dass noch heuer entsprechende Entscheidungen fallen.

GESUNDE LUNGEN

Mit der Unterstützung von SPÖ und ÖVP konnte die KPÖ durchsetzen, dass ein Test der Lungenfunktion ab dem 40. Lebensjahr Teil der kostenlosen Vorsorgeuntersuchung wird. Damit können Veränderungen der Lunge früh erkannt und Probleme rechtzeitig behandelt werden. Ein besonderer Fortschritt ist das für Berufsgruppen mit erhöhter Feinstaubbelastung (Bäcker, Frisöre, Kellner) und jene, die unter einer schlechten Luftqualität leiden, sagt KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger.

BESSERE UNIS

Die Studierenden gehen für bessere Studienbedingungen auf die Barrikaden, die KPÖ unterstützte ihre Anliegen mit einem Antrag im Landtag, der mehrheitlich angenommen wurde. Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, dass die Studiengebühren endgültig vom Tisch sind, dass die Universitätsrat ebenso abgeschafft wird wie die wenig brauchbaren Leistungs- und Budgetvereinbarungen, dass die Rektorate wieder von Uniangehörigen gewählt werden und die Uni-Budgets einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden.

WIRTSCHAFTS-FÖRDERUNG
Geschenke für Konzerne
Selbstbedienungsmentalität bei Großunternehmen. Sie kassieren Förderungen ohne Beschäftigungsgarantien einzuhalten. Die KPÖ stimmte im Wirtschaftsförderungsbeirat dagegen.

Bei GM und Opel ist Magna abgeblitzt, beim Land zeigt man sich freundlich. Das Unternehmen, das den Beschäftigten Kurzarbeit und Lohnkürzungen abnötigt, bekommt 3,25 Millionen Euro an Wirtschaftsförderung. Noch einmal 2,5 Millionen gab es für ein Magna-Projekt in Albersdorf. „Magna hat 2008 um mehrere 100 Millionen Euro Zulieferbetriebe in Tschechien und Ungarn gekauft. Angesichts von Lohnverzicht und Kurzarbeit ist diese Vorgehensweise ungeheuerlich“, sagt KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg. Er stimmte im Wirtschaftsförderungsbeirat gegen die Millionenspritze.

260.000 Euro gab es für Epcos in Deutschlandsberg. Das Unternehmen hat im Sog der Krise 150 Beschäftigte auf die Straße gesetzt. Der Veitsch-Radex GmbH hat das Land 8.300 Euro und der Kelly GmbH 6.850 Euro nachgelassen, obwohl sie sich an Beschäftigungsaufgaben nicht gehalten haben. „Bei der Wohnbeihilfe wird um jeden Euro gefeilscht, bei Unternehmen, die diese Summen aus der Portokasse bezahlen könnten, drückt man beide Augen zu“, sagt KPÖ-LAbg. Werner Murgg.

Trotz Stellenabbau Förderung kassiert: Epcos in Deutschlandsberg.



foto: epcos

HEILMITTELVERORDNUNG
Menschen zweiter Klasse?

„Müssen Menschen mit Behinderung befürchten, dass sie in Zukunft wieder zu Hause oder in Heimen sein müssen, weil notwendige Dienstleistungen nicht mehr bezahlt werden?“ Peter Ripper, Präsident der Steirischen Behindertenhilfe, fürchtet angesichts der Sparpläne der Landesregierung um die Zukunft von Menschen mit Behinderung. Gesunkene Zuschüsse und gestiegen Selbstbehalte führen dazu, dass sich

Behinderte Behelfe oder Therapien nicht mehr leisten können. Nun soll es zu Besserungen kommen. Die KPÖ hat erreicht, dass sich der neue Soziallandesrat Siegfried Schrittwieser mit den BehindertenvertreterInnen an einen Tisch setzen wird. „Jetzt kann der Soziallandesrat zeigen, wie wichtig ihm die Anliegen von Menschen mit Behinderung wirklich sind“, so KPÖ-Abgeordnete Claudia Klimt-Weithaler.



Hippotherapie: Der Nutzen ist weltweit anerkannt. Trotzdem wurde in der Steiermark die Finanzierung gestrichen.

UNERWARTETES SIGNAL
Land gegen gekappte Zugverbindungen

Gütertransport per Lkw, miese Zugverbindung Graz-Linz, Einstellung ganzer Bahnstrecken – solche Pläne schmiedet die ÖBB in der Steiermark. Der Landtag sprach sich nach KPÖ-Antrag dagegen aus.

Nach der Einstellung mehrerer regionaler Zugverbindungen – zuletzt wurde die Gesäusebahn durch einen Bus ersetzt – planen die ÖBB weitere Einschnitte beim Schienenverkehr. Darunter sind Direktverbindungen von Graz nach Linz, Bregenz oder Maribor. Verkehrs- und unternehmenspolitisch falsch ist das Signal, das die ÖBB



aussenden, wenn sie den Güterverkehr auf Lkw verlagern. Um 6 Milliarden Euro sollen 14.000 zusätzliche Lkw den Frachttransport der ÖBB abwickeln, so der Plan.

Dem erteilte der Landtag nach dem Antrag der KPÖ-Landtagsabgeordneten Renate Pacher einstimmig eine Absage. Man ist gegen eine Verlagerung des

STEIERMARK
Bald bankrott?

Das Land Steiermark hat arge Geldnöte. Das letzte Doppelbudget konnte nur mit einem Trick – dem Verkauf von Immobilien – gerettet werden. Diese Immobilien müssen aber teuer zurückgemietet werden. Genau dieser Budgettricks werde das Land dorthin führen, wo die Stadt Graz – die seit Jahren mit diesem Trick arbeitet – heute steht: vor dem Bankrott. „Zuletzt werden die Kredite unfinanzierbar und wir müssen die Immobilien doch verkaufen“, warnt KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg.

Kritik übt der KPÖ-Mandatar an der „Klientelpolitik der ÖVP“ bei der Schotterabgabe, einer höheren Besteuerung der „Kleinen Glücksspiels“ sowie der Nahverkehrsabgabe für Unternehmen, die vom Landtag beschlossen, aber nicht umgesetzt wurde. Stattdessen seien neue Sparpakete und Massenabgaben absehbar.



Güterverkehrs auf die Straße, für den Erhalt und Betrieb von Nebenbahnen und für den Erhalt der Direktverbindungen ab Graz. Außerdem müsse die ÖBB wieder ein Gesamtunternehmen werden – ohne miteinander konkurrierende Teilfirmen. Eine klare Absage an die Privatisierungspolitik der letzten Jahre.



Edeltrud Ulbl-Taschner

PROTESTE DER STUDIERENDEN

Wenn die Uni brennt

Seit sechs Wochen besetzen tausende Studierende in ganz Österreich ihre Hörsäle. Auch in Graz. Ihre Ziele: Eine Ausfinanzierung der Unis, mehr Mitbestimmung und freier Hochschulzugang.

Dieser Hörsaal ist nicht der erste besetzte Hörsaal in Graz, es ist der erste befreite. Frei nämlich vom Geist der Ökonomisierung unserer Unis“, ruft der frühere ÖH-Vorsitzende der Uni Graz Philipp Funovits unter tosendem Applaus der Studierenden im Hörsaal A der Grazer Vorklinik. Rund 700 sind es, die sich am 27. Oktober dort zu einer Versammlung treffen. Unmittelbar danach „befreien“ die Grazer Studierenden auch die Hörsäle B und C und zwei Tage danach folgen 3000 Menschen dem Demoauftritt der Besetzer/

innen. Am 5. November marschieren 2000 Menschen für die Anliegen der Studierenden durch die Stadt.

Ausgangspunkt für die Proteste war die Besetzung der Akademie der bildenden Künste in Wien am 20. Oktober. Zwei Tage lang hatten Studierende und Lehrende aus Protest gegen die Einführung des Bachelor/Master/PhD-Systems im Zuge des Bologna-Prozesses die Säulenhalle am Wiener Schillerplatz in Beschlag genommen.

Am 22. Oktober schließlich riefen die Kunststudierenden zu einer Demonstration unter dem Motto »Die Uni brennt« auf, in deren Anschluss rund 2000 Studierende das Audimax der Uni Wien besetzten. Zentrale Forderungen: keine Studiengebühren und Zulassungsbeschränkungen, mehr Geld für Forschung und Bildung, mehr Lehrpersonal und

mehr Mitbestimmung.

Indes hat sich die Bewegung auf ganz Österreich ausgebreitet und auch in Deutschland und der Schweiz haben Studierende Hörsäle besetzt. Eine Einigung mit der Regierung scheint dennoch nicht greifbar. Zwar hat Noch-Wissenschaftsminister Johannes Hahn – er soll als EU-Kommissar nach Brüssel wechseln – den Unis zusätzliche 34 Millionen Euro versprochen, es fehlt aber rund das 30-fache der Summe. Ob der von ihm anberaumte Hochschulgipfel Ergebnisse bringen würde, war zu Redaktionsschluss nicht bekannt. Von „bloß vorgetäuschter Gesprächsbereitschaft“, spricht Philipp Funovits. „In Wahrheit will Hahn die Sache aussitzen. Aber diese Proteste sind zu groß geworden, als dass man sie einfach aussitzen könnte.“

KOMMENTAR



Von Andreas Fabisch, Gemeinderat in Graz und KPÖ-Vertreter im Landesschulrat

Peinliche Ignoranz

Den Studierenden reicht und das aus gutem Grund. Aber auch immer mehr Lehrende an den Unis haben die Nase voll:

Junge Wissenschaftler brauchen endlich eine Zukunftsperspektive an unseren Hochschulen! Das heißt, gesicherte Arbeitsverhältnisse zu angemessenen Löhnen, die es ihnen wirklich ermöglichen, viele Jahre ihres Lebens für Forschung und Lehre zu wirken.

Studierende und wissenschaftliches Personal verdienen aus Sicht der KPÖ auch die Solidarität des Grazer Gemeinderates. Für SP und Grüne kein Problem, unseren Antrag zu befürworten. Einfach lächerlich jedoch die Argumentation der ÖVP: Keine Unterstützung, weil man nicht wisse, welche Forderungen exakt gemeint seien, daher nix mit Solidarität.

Seltsam: Zwei Tage davor hat die KPÖ in dieser Angelegenheit im Landtag einen äußerst detaillierten Antrag eingebracht - alle Forderungen aufgelistet. Zwar fanden sich die selben Unterstützer, aber eine Fraktion blieb außen vor. Welche wohl?

Soviel zur peinlich ignoranten Einstellung der ÖVP zu Bildung und Wissenschaft. Und das von einer Partei, die sich so gerne als „staatstragend“ empfindet...



KOMMENTAR



Von Peter Scherz,
Arbeiterkammer-
rat des GLB

Auftrag für Veit Sorger

Ein Aufatmen angesichts der Krise sei noch nicht angebracht, sagte unlängst Veit Sorger gegenüber der Presse. Solange der Präsident der Industriellenvereinigung seine „gescheiterten“⁰ Meldungen zur Sozialpolitik kundtut, besteht ganz bestimmt kein Grund zum Aufatmen.

So meint der Herr Präsident, dass eine höhere Flexibilität bei der Arbeitszeit sowie das Ausschleifen der Hacklerregelung und ein „Sanierungsbeitrag“ der „geschützten Bereiche“ rund 560 Mio. Euro sparen können. Nicht erzählt hat uns der 67-jährige Industrielle, was jene Menschen machen sollen, die arbeitslos werden und wer das bezahlt.

Wenn es nach Veit Sorger geht, sollen Leute bis zum 65. Lebensjahr in der Industrie arbeiten. Real bekommen sie dort ab 50 keine Arbeit mehr. Unter dem beschönigenden Titel „Behaltmanagement“ versucht man, mit Anreizen ältere Beschäftigte möglichst früh loszuwerden.

Es ist eben ein Unterschied, ob man in einem Lederfauteuil Denkarbeit leistet oder in der Fabrik 10 Stunden schwere Arbeit verrichtet – wobei auch die Arbeit von Fabrikarbeitern zunehmend geistig anspruchsvoller wird.

Ich hätte für Herrn Sorger einen Auftrag: Er soll all jenen Arbeitslosen über 50, die nicht in Pension geschickt werden sollen, einen gut bezahlten Arbeitsplatz verschaffen, damit sie ihm nachzueifern und auch bis zum 67. Lebensjahr arbeiten können. Wenn diese Menschen alle ihre Arbeit und Würde zurückbekommen, stimmt die Rechnung vielleicht.



Die Metaller geben die Richtung für Lohnerhöhungen vor. Heuer sind es magere 1,5 Prozent.

1,5 Prozent für Arbeiter, 4 Milliarden für Aktionäre Dürftige Herbstlohnrunde

Der Lohnabschluss der Metallindustrie (1,5% KV, 1,45% Ist) ist ein kein gutes Zeichen für die Lohnabhängigen. Nun drohen weitere Lohn- und Pensionsrunden ähnlich enttäuschend zu verlaufen.

Der Berg hat gekreißt; ein Mäuslein wurde geboren. So ist leider das Ergebnis der Lohnverhandlungen für die Beschäftigten der Metallindustrie. In den Medien wurde kolportiert, dass es ein Ringen Spitz auf Kopf gewesen sei. Die Auseinandersetzung beschränkte sich jedoch auf die Zumutung der Unternehmer, den Durchrechnungszeitraum für Mehrarbeit bzw. für die Überstundenabgeltung von einem auf zwei Jahre zu verdoppeln. Echte Reallohnzuwächse wurden nicht durchgesetzt, obwohl die Lohnquote (Anteil

der Werkstätigen am gesamten Volkseinkommen) seit dem EU-Beitritt kontinuierlich zurückgeht. Sie ist von 62 Prozent im Jahr 1994 auf 55 Prozent im Jahr 2008 abgesackt.

Was die Offensive der Unternehmer für eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit angeht, verfügen die Gewerkschaften über keine wirkungsvolle Gegenstrategie, seit die Orientierung auf die 35-Stunden-Woche aufgegeben wurde. Auf dem Lohnsektor ist es mit der ÖGB-Spitze ebenfalls nicht weit her. Obwohl die Inflation seit der vorhergehenden Lohnrunde 1,5 Prozent betragen hat, werden die Nettolöhne nicht einmal um diesen Betrag aufgewertet, weil Finanzminister Josef Pröll per Lohnsteuer einen Anteil einstreift. Darüber hinaus ist wieder einmal die pro Arbeitskraft deutlich gestiegene

Produktivität nicht abgegolten worden. Kein Wunder, wenn die Schere zwischen Arbeits- und Vermögenseinkommen weiter auseinanderklafft.

Unter dem Vorwand der krisenhaften Entwicklung der Wirtschaft werden die Arbeitenden gemolken. Dem steht nach Berechnungen der Linzer Werkstatt Frieden & Solidarität die Tatsache gegenüber, dass die Aktionäre der an der Wiener Börse gehandelten heimischen Konzerne im Jahr 2008 Dividenden in der Höhe von rund 4 Milliarden Euro kassiert haben. Das wäre genung, um für die 580.000 Beschäftigten dieser Unternehmen eine Arbeitszeitverkürzung um sechs Wochenstunden bei vollem Lohnausgleich zu zahlen!

Wetten, dass andere Gruppen (samt Pensionisten) nicht mehr bekommen, obwohl die Volkswirtschaft dringend Nachfrage benötigt?

JOSEF SCHÜTZENHÖFER: AUSSTELLUNG IM VOLKSHAUS

JS, zornig, zugeneigt

Am 13. November wurde Josef Schützenhöfers erste Personale in Österreich, „Früchte des Zorns“ im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz eröffnet.

Man, wie Josef Schützenhöfer mit seinen Arbeiten umgeht. Während anderswo beim Ausstellungsaufbau weiße Handschuhe getragen werden, tackert der Maler seine Bilder auch eigenhändig an die Wand. Als verdienten sie nicht mehr Respekt wie der Autoreifen, der, von Arbeiterhänden gefertigt, vom Verkaufsstapel genommen wird. Der Satz über dem Werk Schützenhöfers „Kunst kommt von Arbeit“ drückt sich auch in der unprätentiösen Haltung des Malers seinen Bildern gegenüber aus.

Am 13. November wurde Schützenhöfers erste Einzelausstellung in Österreich im Bildungszentrum der KPÖ in Graz eröffnet. „Früchte des Zorns“ heißt die Werkschau in Anlehnung an Steinbeck, die – kuratiert von Günter Eisenhut – Ölbilder, Aqua-

relle und Zeichnungen aus den letzten 25 Jahren zeigt. Neben den eigens für die Ausstellung gemalten Werken „1945, Liberation of Austria“ und „Export Swimmers – The Automobile will Conquer All“, ist auch eine Vielzahl seiner spottend karikierenden Arbeiten zu sehen.

Sie zeigen etwa den Historiker Stefan Karner mit Eierschädel, den ein Hakenkreuz rotzenden Postfachsisten Ewald Stadler oder den Kirchenmann Laun mit eigenwilligem Habit. „Fuck for Jesus“ steht da über einem Spermium mit Heiligenschein.

Exemplarisch personifiziert Schützenhöfer seinen Zorn auf die Verhältnisse, mit denen er sich nicht versöhnen kann. Was der Zorn auf die Obrigkeiten, auf die Profiteure der Ungleichheit, das ist bei Schützenhöfer aber auch die liebevolle Zuneigung für die Getretenen. Ihnen sucht er ihre Würde zurückzugeben; zuletzt etwa in den Portraits von fünf Arbeiterinnen bei Triumph.

JOSEF SCHÜTZENHÖFER FRÜCHTE DES ZORNS



Ölbilder, Aquarelle, Zeichnungen 1984 bis 2009
Eröffnung: 13. November 2009, 19 Uhr
Dauer: 16. November bis 18. Dezember und 4. bis 15. Jänner 2010
Ort: Volkshaus Graz

Der Journalist und Künstler Martin Behr stellt seinem Beitrag zum Ausstellungskatalog ein Zitat der deutschen Punk-Band Fehlfarben voran. „Tanz mit dem Herzen, oder tanz gar nicht“. Josef Schützenhöfer bringt seinen Pinsel mit dem Herzen zum Tanzen.

Solange es ungleich schwieriger ist, Selbiges mit den Verhältnissen anzustellen, wird er das weiterhin tun. Es gibt auch profanere Gründe dafür. „Eigentlich“, sagt er, „male ich ganz gern“.

sts



Josef Schützenhöfer (mitte) bei der Ausstellungseröffnung

VERANSTALTUNGEN IM BILDUNGSVEREIN

Luigi Nono: Hin zur großen Sonne der Liebe

Den wichtigsten Stationen im Leben und Schaffen Luigi Nonos, einem der bedeutendsten Vertreter engagierter Musik, als auch der Deutung und Darstellung seines Opernwerks *Al gran sole carico d'amore*, widmet sich ein Vortrag der Dirigentin, Sängerin und Musikwissenschaftlerin Elfriede Moschitz. **Do, 3. Dezember, 19 Uhr**

ewo2: Arbeiterlied meets Electronic

Das kleine elektronische Weltorchester (ewo2) ist ein musikalisch-politisches Projekt, das seit rund 10 Jahren Bewegungen und künstlerische Randbereiche unterstützt und mitgestaltet. Bernd Köhler, Hans Reffert und Christiane Schmied gastieren erstmals in Graz! **Freitag, 4. Dezember, 20 Uhr.**

Josef Schützenhöfer: Früchte des Zorns & „Liberator Harry Moore“

Zu sehen ist die Schau „Früchte des Zorns“ noch bis zum 15. Jänner, jeweils Mo.- Fr. (10 bis 15 Uhr) und Do. (10 bis 19 Uhr) im Bildungszentrum der KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a. Am **11. Dezember** spricht Josef Schützenhöfer ebendort zu seinem Arbeitszyklus „Liberator Harry Moore“. **Freitag, 11. Dezember, 19 Uhr.**

Veranstaltungen, wenn nicht anders angegeben, im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz, Lagergasse 98a.



Weitere Informationen zu Veranstaltungen und Bestellung von Büchern und Broschüren:

KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz • Lagergasse 98a
Tel. 22 59 31 oder 22 59 32

<http://bildungsverein.kpoe-steiermark.at>

WEIHNACHTEN – VERKOMMERZIALISIERUNG EINES FESTS

„O Du stille Zeit..“

VON GERHARD M. DIENES

Die Weihnachtszeit als Geldmaschine: Von Hüttenzauber, Geschenkemassen, Weihnachtsmärkten und Partystimmung in der stillsten Zeit des Jahres.

nicht den Namen des Heilands und die Erinnerungen unserer zartesten Jahre so furchtbar mißbrauchten.“

Was würde aber Hesse über die heutige Zeit sagen? Diese analysiert mit spitzer Feder Peter Roos: „Wer im November Erdbeeren ißt und im August Ski fährt, der kann im Juli beruhigt seinen Christbaum schmücken. Das ist die Logik einer Zeit, die aus den Fugen geraten ist. Weihnachten steht nicht mehr vor der Tür. Das Christfest hat seinen festen Ort verloren, das Jahr ist um seinen Höhepunkt gebracht.“

Die Werbemaschinerie startet bereits im Herbst, schon Anfang November beginnt das Bombardement der Postwurfsendungen mit Weihnachtsangeboten, in den Schaufenstern „grinsen, grüßen, glotzen die

maschinellen Christkindl in Plastikrippen, das einschlägige Sortiment in Kunstschnee und Glitzerzeug profitorientiert“ drapiert. Zudem ziehen Armeen von Nikoläusen auf und in die Regale ein, uniformiert vom Stiefel bis zur Kapuze, „palettenweise ausgerichtet drohen sie stumm ins Publikum: ‚Kauf mich!‘ und sind doch nur die umgeschmolzenen Schoko-Hasen des eben erst vergangenen Osterfestes.“

Sankt Supermarkt regiert für Roos und das permanent in San Francisco's „incredible Christmas-Store“ oder im Weihnachtsshoppingcenter „Käthe Wohlfart“ im deutschen Rothenburg ob der Tauber. Die Verkommerzialisierung des Festes ist nahezu global. In Japan etwa ist der

religiöse Hintergrund von Weihnachten zwar so gut wie gar nicht bekannt, denn von den 127 Millionen EinwohnerInnen bekennen sich nur 1,5 Prozent zum Christentum. Doch Weihnachten bietet die willkommene Gelegenheit, eine Party zu veranstalten, bei der sich die Gäste als Santa Claus oder als Engel verkleiden. Die Utensilien dafür bietet der Supermarkt, von goldfarbenen Plastik-Engelflügeln bis zum kompletten Weihnachtsmann-Dress.

Doch zurück ins weihnachtlich (kunstschnee-)verschneite Österreich: An allen Ecken und Enden, aus jeder Auslage buhlt das liebe Christkindl – der infantilisierte Gott – um die Käufergunst. „Überall riecht es“, so die tiefsinnigen Ausführungen des Schlagersängers Patrick Lindner, „nach Mandeln und Zimt, weil das Christkindl kimm!“

Glühweinduft schwängert die Luft über den immer zahlreicher werdenden Weihnachtsmärkten – pardon Weihnachtsmärkten –, die Oktoberfesten ähneln, aber mit Hüttenzauber, Stallatmosphäre, Kletzenbrot und Sternenglanz.

Millionen werden in Straßen- und Geschäftsdekorationen investiert – eine Orgie von Kitsch und oft auch Geschmacklosigkeit. Millionen-einkäufe lassen die Kassen klingeln.

Jingle bells, Jingle bells!

Gefühlsduseleien, Fresseereien und Saufereien, Glitzer, Glimmer, Engelhaar, die Menschen haben vergessen, was „Anno Domini“ einst geschah.

Weihnachten als stille Zeit, das ist eine Wunschvorstellung und war selbst den frühen Christen fremd. Diese tanzten in den Kirchen und zogen in lebhafter Vorfreude singend durch die Straßen. Erst zur Mitte des 6. Jahrhunderts gebot ein kirchlicher Erlass Ruhe und Ordnung in den Tagen vor dem Fest. Vorschriften waren schon damals dazu da, umgangen zu werden; und so hielt sich beispielsweise der Kirchentanz in Spanien bis in das 19. Jahrhundert.

Zur vorweihnachtlichen Unterhaltung gesellte sich bald das weihnachtliche Schenken, basierend auch auf dem antik-römischen Brauch, zu Jahresbeginn den Beamten Geldgeschenke zu machen. Beamte waren in der Römerzeit bestechlich – und das ganz offiziell!

So entwickelte sich Weihnachten immer mehr zum großen Fest des Kommerzes, über das der Schriftsteller und Nobelpreisträger Hermann Hesse (1877-1962) entsetzt schrieb: „Weihnachten ist zu einem Giftmagazin aller bürgerlichen Sentimentalitäten und Verlogenheiten geworden. Anlaß wilder Orgien für Industrie und Handel, großer Glanzartikel für Warenhäuser ... tausend Dinge, die mir bitter verhaßt sind und die mir alle viel gleichgültiger und lächerlicher vorkämen, wenn sie



Gute Geschenke um wenig Geld



Damit ein Licht aufgeht

Wer wusste nicht schon mindestens einmal eine Taschenlampe zu schätzen? Blöd ist allerdings, wenn man das gute Stück braucht, aber der Saft – sprich die Batterie – aus ist. Abhilfe schafft eine Lampe mit Dynamo. Eine Minute gekurbelt und es gibt Licht für 30 und mehr Minuten.

Lampen mit LEDs gibt es um rund 15 Euro.

Reparaturflicken

Welche Eltern haben Freude, wenn die Sprösslinge mit Löchern in den Hosen nach Hause kommen? Dem lässt sich abhelfen: Bügelt man Meister Yoda, Darth Vader und Co auf das Loch, wird die Hose zum coolsten Kleidungsstück im Kasten. Ein tolles Zeichen wider die Wegwerfgesellschaft, zu haben ab rund 3 Euro.



Zeit

„Es ist nicht zu wenig Zeit, die wir haben, sondern es ist zu viel Zeit, die wir nicht nutzen“, wusste der römische Philosoph Seneca. Oft verplempert man Zeit mit Belanglosigkeiten, anstatt Spaß mit Freunden und lieben Menschen zu haben. Wer bewusst Zeit schenkt, macht anderen Freude und hat selbst mehr vom Leben. Kostet nichts.



Swiss Bob

Wem das Plastiksackerl unterm Hintern zu hart ist bei rasanten Abfahrten durch den Schnee, sollte einen Swiss Bob ins Auge fassen. Das praktisch handliche Gefährt in blau oder rot gibt viel mehr Kontrolle beim „Rodeln“ und lässt sich leicht verstauen. Achtung: Einmal probiert, heißt es schnell das gute Stück sichern, denn jeder will damit fahren. Trainiert die Bauchmuskeln!



Für Sparefrohs

Und dann hau ich mit dem Hämmerchen mein Sparschwein, mein Sparschwein, kaputt. Die Vorfreude ist die schönste, heißt es. So verspricht ein Sparschwein viel Vorfreude auf das Verbrauchen des Inhalts. Macht auch bei kleinen Futtermengen Freude. Zum selbst Bemalen ab rund 4 Euro.



"Die Schwalbe" BÄCKT

CLASSIC
Vanille Kipferl · Linzer Augen
Butterbrote · Florentiner
Rumkugeln etc.

DE LUXE
Mokkasterne · Zebrastrreifen
gefüllter Lebkuchen
Orangenbissen etc.

STOLLEN
mit Rosinen · Aranzini
Zitronat · Nüssen

WEIHNACHTSSTOLLEN
1kg Euro 18,-

Keksteller DE LUXE
1kg Euro 29,-

Keksteller CLASSIC
1kg Euro 22,-

Erhältlich ab 12.12.09

Bestellungen
0699/ 106 255 17
office@dieschwalbe.at

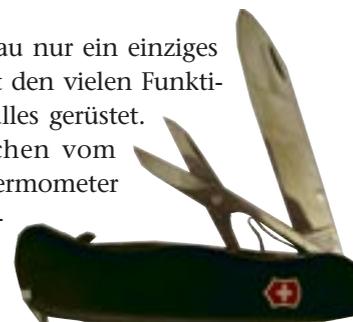
Abholung "Die Schwalbe"
Weg zur Einsiedelei 2
8020 Graz

Stmk. Sparkasse
KONTO-NR.
00001863703
BLZ 20815

Spendenkonto
Wir sind dankbar für
jede Unterstützung

Taschenmesser

Eigentlich braucht Mann und Frau nur ein einziges Messer – das aus der Schweiz mit den vielen Funktionen. Wer es dabei hat, ist für alles gerüstet. Die Ausstattung reicht inzwischen vom simplen Schneidgerät bis zum Thermometer oder mobilen Datenspeicher. Besonders robust sind Modelle mit Feststellklinge. Zu haben ab rund 20 Euro.



Nintendo-Cards

In vielen Kinderzimmern geben der Nintendo DS und seine Nachfolger den Ton an. Aber was tun gegen das Chaos mit den vielen Spielmodulen? Abhilfe schaffen Backup-Flash-Karten, auf denen unzählige Spiele Platz finden. Infos zB. unter www.acekard.com, www.cyclops-ds.com oder www.rbenda.de.



Gruss vom Krampus, dem armen Teufel

grafik: cc flickr riptheskull



Der Krampus
kommt nur einmal im Jahr –
die bösen Politiker sind immer da



WETZELSDORF

Bürgerbeteiligung als Farce

600.000,- Euro kostete das Bürgerbeteiligungsprojekt „Zeit für Graz“, das 2007 unter großem medialem Wirbel abgewickelt wurde.

Dabei sprachen sich die Bürger für die Belegung des Zentrums von Wetzelsdorf aus.

Das Gegenteil ist aber eingetreten: Schließung der Bibliothek, Schließung des Postamtes, Ge-



schäfte sind abgewandert, weitere werden folgen. Keine Spur von Jugendzentren, Kulturstätten usw. „**Wofür hat man denn damals diese sündteuren Versammlungen veranstaltet?**“, fragt KPÖ-Bezirksrat Günther Leber. „**Die Vorgehensweise ist bezeichnend für diese Stadtregierung, die auf die Mitentscheidung der Bevölkerung keinen Wert legt**“.

Günther Leber

WALTENDORF

Moelkweg

Nach langem Hin und Her ist das Linksabbiegeverbot von der Waltendorfer Hauptstraße



in den Moelkweg endlich Geschichte. „Es ist erfreulich, dass in dieser Frage doch die Vernunft gesiegt hat. Offensichtlich haben der Antrag der KPÖ im Gemeinderat und 600 Unterschriften von Aktivbürgern gegen das Linksabbiegeverbot doch etwas

gebracht“, meinte KP-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch. „Doch damit sind noch nicht alle Probleme gelöst. Die KPÖ verlangt ein Verkehrskonzept für den Bezirk. Sonst wird der Verkehr, der an einer Stelle eingespart wird, wieder woanders auftreten.“

LEND

Angriff auf Demokratie

Bei der Bezirksversammlung im Oktober betonten Bgm. Nagl und Vize Rücker, wie wichtig die Arbeit der BezirksrätInnen sei. Angesichts dieser Lobeshymnen fühlte sich KP-Bezirksrat Peter Görtschel veranlasst zu fragen, wie sich das mit der beabsichtigten Schließung von Bezirksämtern vereinbaren ließe. Kein Problem, entgegenete das schwarz-grüne Duo. Schließlich würden nur Bezirksämter geschlossen bzw. zusammengelegt, die ohnehin schwach frequentiert seien, hieß es. Görtschel:



„Wir sind für die Menschen im Bezirk die ersten Ansprechpartner. Eine Schließung von Bezirksämtern ist ein eindeutiger Angriff auf die Basisdemokratie und zudem eine Benachteiligung von Menschen, die weniger mobil sind.“ Die KPÖ spricht sich klar gegen die Schließung von Bezirksämtern aus.

GRIES

Dicke Luft

In der Südbahnstraße hat die Fa. Glettler-Transporte ihren Firmensitz. Ihre Schwertransporter (mit Hänger) stehen auf einem unbefestigten Parkplatz der Asset One. Bei Lkw-Fahrten bilden sich jedes Mal riesige Staubwolken. Da sich die Firma Glettler nicht zuständig fühlt, stellte KP-Klubobfrau Ina Bergmann bei der Gemeinderatssitzung im Oktober den Antrag zu prüfen, ob dieser Parkplatz den Bestimmungen der Feinstaubverordnung entspricht.

Es werde Licht

Eine funktionierende Beleuchtung der Straßen, Gassen und Plätze ist nicht nur aus Orientierungsgründen wichtig, sondern auch aus Gründen der Sicherheit. Bei 42.000 Lampen in unserer Stadt kann es schon einmal passieren, dass der eine oder andere Beleuchtungskörper ausfällt. Damit die Mitarbeiter der Energie Graz rasch für Abhilfe sorgen, können

ST. PETER

Weniger Egoismus

Der Schleichwegverkehr zwischen St.-Peter-Hauptstraße und Neufeldweg sowie die Hochwasserproblematik waren die Hauptthemen der Bezirksversammlung im Oktober. KP-Bezirksrat Stefan Gamsjäger kritisierte den feindseligen Tonfall und die ichbezogenen Sichtweise in einigen Wortmeldungen. „Wir in St. Peter können von Glück reden, dass wir bis auf wenige Ausnahmen und verglichen mit anderen Bezirken kleine Probleme haben, die man mit etwas Kooperationsbereitschaft bestimmen lösen könnte. Voraussetzung dafür ist aber, dass nicht jeder nur auf sich schaut, sondern auch die Sorgen und Nöte anderer gelten lässt“, mahnte er mehr Fairness im Umgang miteinander ein.

auch Bewohner mithelfen, indem sie die Störungshotline (0316)8057-618 anrufen. KP-Bezirksvorsteher-Stellvertreterin Inge Arzon: „Jeder im Bezirk kann im Bereich seiner Möglichkeiten einen Beitrag zu mehr Lebensqualität leisten. Das gilt in diesem Fall genauso wie wenn es darum geht, unsere Straßen und Plätze sauber und hundstrümmelfrei zu halten.“

Josef-Huber-Gasse

Unterschriften wurden gesammelt, Anträge und Einsprüche sowohl auf Bezirksrats- als auch auf Gemeinderatsebene eingebracht – den Verantwortlichen vom Stadtplanungsamt war's egal. Nach dem Motto „drüberfahren statt einparken lassen“ wurden in der Josef-Huber-Gasse insgesamt 36 Parkplätze ersatzlos gestrichen, und zwar zugunsten einer Linksabbiegespur für GVB-Busse. Für die Protestierenden hieß es lapidar, in der Karlauerstraße gäbe es ohnehin noch freie Parkplätze.

„Was nützt mir ein Parkplatz in Puntigam, wenn ich im Bezirk Lend wohne?“, stellt KP-Bezirksrat Thomas Kovacic die berechtigte Frage. „Musste man vorher schon oft stundenlang nach einem Parkplatz suchen, so gibt es jetzt gar keine Parkplätze für die Bewohner mehr. Zusteller können überhaupt nur mehr am Gehsteig halten.“, zeigt sich Kovacic fassungslos über diese ignorante und rücksichtslose Vorgehensweise gegenüber den Bewohnern.



Ein Plus für...

... das Wartehäuschen an der Haltestelle „Auf der Tändelwiese“ stadteinwärts. Es wurde jetzt endlich fertig gestellt. „Damit erfüllt die Stadt Graz endlich einen lang gehegten Wunsch der Bevölkerung“, freut sich KP-Gemeinderätin Gerti Schloffer, die im Vorjahr den entsprechenden Antrag gestellt hatte (Bild oben).

Ein Minus für ...

den nach wie vor fehlenden Fußgängerübergang bei der Haltestelle „Puchstraße“ in der Herrgottwiesgasse. Wer von der Tändelwiese kommt, muss – will er/sie sich vorschriftsmäßig verhalten – drei Straßen überqueren, um auf die andere Straßenseite zu gelangen. „Viele Fußgänger nehmen daher meist den direkten Weg auf die andere Straßenseite, vor allem, wenn sie noch eine Straßenbahn erreichen wollen. So kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Ein Zebrastreifen mit Druckknopfampel bzw. eventuell eine Verlegung der Straßenbahnhaltestelle um nur wenige Meter könnten hier Abhilfe schaffen“, erklärt KPÖ-Klubobfrau Ina Bergmann (Bild unten).





LIEBENAU

Feinstaub-Acker

Statt bisher 5300 sollen bald mehr als 10.000 Einwohner im Murfeld leben. Die Bürger hätten den Stadtteil Murfeld mitentwickelt, schrieben die Zeitungen im



Anschluss an die unter dem Titel „Planungswerkstatt Murfeld“ über die Bühne gegangenen Informationsveranstaltungen. Max Korp, KP-Bezirkssprecher von Liebenau, spürte nicht sonderlich viel von der Bürgerbeteiligung. „Die Einwendungen der Bevölkerung wurden teilweise mit haarsträubenden Argumenten abgetan. So musste ich mir auf meine Frage hin, warum hier die Zerstörung von weiterem Grün- und Ackerland als besonders umweltfreundlich verkauft werde, anhören: ‚Auch Äcker produzieren Feinstaub und sind daher für die Feinstaubbelastung der Stadt mit verantwortlich.‘ Bei solchen Argumenten bleibt einem sprichwörtlich die Spucke weg“, so Korp.

INNERE STADT

Über Bauvorhaben informieren!

Wo das Kommod-Haus stand, klafft eine Baulücke. Der Umbau von Kastner&Öhler schreitet voran.

Auch beim Joanneum und bei der Zentrale der Steiermärkischen wird gebaut. Darüber hinaus gibt es erste Planungen für die Gestaltung des Andreas-Hofer-Platzes.

Bezirksvorsteherstellvertreter Franz Stephan Parteder (KPÖ): „Die Bewohnerinnen und Bewohner unseres Bezirkes haben das Recht, aus erster Hand über Bauvorhaben informiert zu werden. Deshalb schlage ich vor, dazu eine Bezirksversammlung durchzuführen.“

Veranstaltungsrichtlinien

Auf Stadtebene ist derzeit eine Evaluierung der Veranstaltungsrichtlinien im Gange. Bei der ersten Besprechung trat KPÖ-Vertreter Franz Stephan Parteder dafür ein, dass es nicht mehr so viele Ausnahmen wie bisher geben solle. Die Innenstadt sei kein Freiraumtheater sondern müsse Wohn- und Lebensraum für die BewohnerInnen bleiben. Angeregt wurde auch, dass lärmintensive Veranstaltungen künftig verpflichtend nur mehr in der Stadthalle und in anderen geschlossenen Räumen abgehalten werden sollen. Entsprechend einem Antrag des Bezirkrates wird es in absehbarer Zeit ein Treffen mit den Bezirksräten zu diesem Thema geben.

MARIATROST

Einserfrage

Da die Linie 1 zwischen Mariatrost und Eggenberg vor allem zu den Stoßzeiten immer wieder überlastet ist, forderte KP-Gemeinderat Andreas Fabisch bereits im Februar eine Frequenzverdichtung der Linie 1.

Jetzt hat die Abteilung für Verkehrsplanung bestätigt, dass die Leistungsfähigkeit der Linie 1 mit einer Intervallverdichtung erhöht werden muss. Dafür seien aber zusätzliche Straßenbahnen erforderlich. Bleibt zu hoffen, dass diese erste Zusage nicht wieder vergessen ist, wenn die neuen Variobahnen in Graz eintreffen.

**Vorschläge zur Verbesserung des öffentlichen Verkehrs von Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch:**

- Umwandlung der Stundenkarte des Verkehrsverbunds in eine Zweistundenkarte (ohne Preiserhöhung)
- bessere Verkehrsverbindungen im oberen Bereich des Bezirkes Ries
- und bessere Beleuchtung der Fahrplantaafeln an den GVB-Haltestellen

STRASSGANG

Kreisen im Kreisverkehr

Bei einer Sperre des Plabutsch-Tunnels stehen viele Fahrzeuglenker im Kreisverkehr Webling vor dem Problem, die richtige Ausfahrt nach Norden zu finden. Viele fahren einige Runden oder biegen falsch ab. Andere werden von den Wegsuchenden gefährdet, da diese Sperrlinien überfahren, um auf die richtige Spur zu gelangen. „Wir fordern eine übersichtlichere Gestaltung, damit die Verkehrssicherheit erhöht wird“, so KPÖ-Gemeinderat Christian Sikora.

JAKOMINI

„Jakomini-Times“ des Bezirkrates

Eine überparteiliche Bezirkszeitung soll der Bevölkerung des Bezirkes demnächst ins Haus flattern. Sie soll über die im Bezirk durchgeführten bzw. geplanten Projekte informieren. Herausgeber ist der Bezirksrat. „Eine Zeitung für Jakomini, in der Bürgerservice im Mittelpunkt steht und nicht einseitige Parteipropaganda, ist auf jeden Fall zu begrüßen“, sagt KP-Bezirksrätin Edeltrud Ulbl-Taschner. „Bleibt zu hoffen, dass sich die Initiatoren von der ÖVP tatsächlich an die angekündigte objektive Berichterstattung halten.“

GEIDORF

Kleine Überlebenshilfe

Um die Not besonders Bedürftiger wenigstens zur Weihnachtszeit etwas zu lindern, werden die Mitglieder des Bezirkrates in Geidorf auch heuer wieder eigene Lebensmittelpakete zusammenstellen. In den Paketen befinden sich verschiedene Nahrungsmittel, angefangen von Nudeln bis hin zu Zucker und Wurst. „Die Leute freuen sich sehr über die Pakete

und nehmen sie gerne an“, erzählt KP-Bezirksrätin Grete Skedelj, die die Nöte bedürftiger Mindestpensionisten zu lindern versucht.

Hasnerplatz

Bei der Bezirksratssitzung kritisierte KP-Bezirksrätin Grete Skedelj den Drogenkonsum am Hasnerplatz. Das Problem wurde nun durch

verstärkte Polizeipatrouillen vorerst entschärft, wie viele Anrainer und Parkbesucher bestätigen. „Die Maßnahme dient dazu, Kinder und Jugendliche so gut wie möglich abzusichern. Prävention und Aufklärung sind aber mindestens genauso wichtig, damit es erst gar nicht zum Drogenkonsum kommt“, betont die Bezirksrätin.



Christian Masser spielt
„Mississippi-Blues & Memphis-Country“,
KPO Bildungszentrum, Lagerg.98a, 8020 Graz

**Fr. 18. Dezember,
20 Uhr,**



Info & Karten: 0316/225931, VVK: 10, Abendkassa: 12 Euro
Ein Abend mit dem Grazer Bluesänger und -gitarrenist Christian Masser. Der erste Teil des Konzerts ist dem legendären „Man in Black“, Johnny Cash, gewidmet. Dann geht's, mit der Slidegitarre im Gepäck, ins Mississippi-Delta zu Blues-Größen wie Muddy Waters oder John Lee Hooker. Dazu Eigenkompositionen im entsprechenden Stil. Erlesene Gäste: Kurt Bauer an der Geige und Bruder Robert Masser an der Gitarre.

Red:out jeweils am **2. Montag des Monats** um 18:00 Uhr in der Traminer Weinstube, Klosterwiesgasse 2, Graz. (Nähe Jakominiplatz).



AMSEL-Stammtisch für Arbeitslose

Möglichkeit für Menschen ohne bezahlte Arbeit, sich mit ihresgleichen zu treffen + auszutauschen: Donnerstags (werk- + 14-tägig) um: 17 Uhr im: CAFE SORGER (l. Stock), Südtirolerplatz 14

Nächster Termin: Do., 26. Nov.

0681 / 102 703 42

AMSEL-Hotline für arbeitslose Menschen in Bedrängnis!
<http://www.amsel-org.info>

KLEINANZEIGEN

Möbel gesucht

Wer **verschenkt** gebrauchte **Möbel** für Küche, Schlaf- und Wohnzimmer? Wer hat eine **Schiausrüstung** für einen 11-jährigen Buben? Anrufe bitte an den Verein OMEGA, Tel. (0316)77 35 54 DW 11, Mo und Di 10 - 15 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Frau Pahlevan.

Dankeschön

Ein **herzliches Dankeschön** allen Grazerinnen und Grazern, die sich in den vergangenen Monaten hilfsbereit gezeigt und mit ihren Sachspenden einen wesentlichen Beitrag zur Integration von Migrantinnen und Migranten geleistet haben. Verein OMEGA

Suche **Arbeit** im Haushalt (Putztätigkeiten, Bügeln etc.), pünktlich und zuverlässig, Frau Irada Abasova, Tel 0664 43 82 171

Treff am Grünanger

„Z'ammkumman, Austausch, Beisammensein“ – unter diesem Motto steht das gemütliche Treffen bei Kaffee und Kuchen! **Jeden Donnerstag von 14 Uhr bis 15:30 Uhr in der Andersengasse 34, Am Grünanger.** Veranstaltet vom SMZ Liebenau, Tel. 42 81 61.

Wir geben bekannt:
Praxiseröffnung
St. Peter Hauptstr. 107
8042 Graz
Zentrum für Lernpädagogik & Psychotherapie

Mag. Katharina Faltis
Lernpädagogik
Lernstörungen
0699-171 48 324

Mag. Harald Pierer
Psychotherapie
Traumatherapie (EMDR)
0664-18 17 414

Sigrid Vogl
Psychotherapie
System. Familientherapie
Dipl. PDM-Trainerin
(Psychodynamisches Modell-Training)
0664-54 44 602

Termine nach tel. Vereinbarung

De Longhi Roto-Friteuse neuwertig (3x verwendet), NP € 129,- jetzt um € 45,- Tel: 0664/39 921 75

Rollstuhl neuwertig € 120,- Rollator Gehilfe neuwertig € 35,- Tel: 0664/ 39 921 75

Suche alten **VW-Bus** (ev. Camping) Tel: 0650/ 65 415 00.

Sängerin sucht Anschluss an eine Band im Raum Weiz-Gleisdorf-Graz, Tel: 0664/ 14 621 45 abends

Flohmarktsachen (Bücher, Geschirr, Hausrat, Antikes etc.) gratis gesucht, Raum Graz-Gleisdorf-Weiz Tel: 0650/ 65 415 00

Opel Vectra 2000 wird **geschlachtet** – günstige Teile Tel: 0664 54 987 61

Fahrrad zu verkaufen, 26 Zoll Mountainbike Merida mit Hinterradfederung und Scheibenbremsen, inkl. Spiralschloss, Preis 80 Euro, Tel. (0664) 14 41 875.

St. Peter: Lern- und Aufgabenbetreuung für Volksschulkinder, nachmittags, Ort: Petrifelderstraße oder Glückgasse, 90-Minuten-Einheiten, auch am Wochenende, erste drei Nachmittage gratis. Tel.: 0699/11 555 422, Frau Dr. Falkenberg



Beim Landestierschutzverein warten Haustiere auf neue Besitzer; oder entlaufene Lieblinge auf ihre alten... Folgenden Tiere vermittelt das Tierheim des Landestierschutzvereins, Grabenstr. 113, Graz, Tel. (0316) 68 42 12.

TIERECKE



Lucy und Roxy sind 10 und 8 Jahre alt. Der Besitzer ist verstorben. Sie sind liebenswert und würden gerne zusammen bleiben.



Aron (6) ist ein lebhafter, freundlicher Mischlingsrüde. Scheidungsweise.



Wotan, Mischlingsrüde, der in Judendorf Straßengel zugelaufen ist.



Minu, Frühjahrskatze 2009. Wartet dringend auf persönliche Zuwendung.



Knopfi ist eine 1,5 jähriges Kaninchen. Lebte im Freien, Scheidungsweise.



Socke ist mit allen gut verträglich, ein 1,5 jähriger kastrierter Rammler.

Helpen statt reden.

Mieternotruf
717108



Mit **KPÖ-Wohnungsstadträtin Elke Kabr**

Briefe an die Redaktion

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

Grazer Stadtblatt: Lagergasse 98a, 8020 Graz
Fax 71 62 91 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at

Werbung statt Klosetts

Wie kann das sein, dass man für Klosetts im öffentlichen Raum politisch kämpfen muss, weil kein Geld dafür da ist, während es sich die Stadt Graz, Tourismusverband, leistet, in einer Tageszeitung auf 16 Seiten mit einem bekannten ORF-Moderator Werbung für die Grazer Geschäftswelt mitzufinanzieren. Ein paar Tage später findet sich – wieder als Beilage in der selbigen Zeitung – eine mehrseitige Glanzbroschüre zur selben Sache, wieder mit einem Stadt-Graz-Logo als Kopfzeile versehen. So viel Verständnis kann keine/r haben, wenn Frau/Mann ein dringendes Grundbedürfnis hat und kein WC da ist, weil's angeblich an Geld dafür fehlt.

Ch. Schönberg, Graz

Rauchwaren für Nichtraucher?

Die EU hat wieder einmal eine grandiose Idee: Nichtrauchererschutz im Freien. Keine Zigarette im Freien rauchen. Ich versteh einfach nicht, warum noch immer Rauchwaren produziert werden, wenn keiner rauchen soll. Ich hab auch eine Idee (Schnapsidee): Alle Raucher im Europa sollten eine Woche lang nicht rauchen. Es wäre interessant zu erleben, welche Ideen der EU Kommission dann einfallen würden. Vielleicht würde auch schon ein einziger Tag dazu reichen, um eine mittleres Desaster an Finanzproblemen auszulösen.

Name der Redaktion bekannt

Menschenunwürdig behandelt

Ich habe über Jahre Negatives mit Behörden erlebt und musste sogar deswegen früher in den Ruhestand. Ich litt unter

Krankheiten, Weinkrämpfen, Schlaflosigkeit, Angstzuständen, Sprechstörungen, Appetitlosigkeit etc.

Ich zahlte über Jahre einen hohen Betrag für die Pflege meiner Mutter und lebte selbst am Existenzminimum. Dabei wurde ich von meiner Mutter über Jahrzehnte misshandelt. Ich wurde geschlagen, gewürgt, Haare wurden mir ausgerissen, ich musste Scheitelknien, ich bekam nichts Gescheites zum Anziehen, ich musste hungern, ich bekam keine Liebe.

Trotzdem kam ich für alle Kosten auf, als meine Mutter schließlich in ein Pflegeheim musste. Dafür musste ich einen Kredit aufnehmen. Ich wurde bei der Behörde angeschrien und mir wurden „Maßnahmen“ angedroht. Die Beamten sind auf meine Eingaben in keiner Weise eingegangen und ich kam nicht zu meinem Recht nach dem Sozialhilfegesetz. Es wäre dringend notwendig, Druck auf die politisch Verantwortlichen auszuüben, dass Beamte bei den zuständigen Behörden menschlich, gerecht, höflich mit Mitmenschen umgehen.

Name der Redaktion bekannt

GRAZER Stadtblatt

Impressum/Medieninhaber: KPÖ Graz, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. 71 24 79; Fax 71 35 61 E-Mail: stadtblatt@kpoe-graz.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Das Grazer Stadtblatt / die Steirische Volksstimme – Informationsblatt der KPÖ Steiermark ist ein Regionalmedium und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne der Arbeit der KPÖ Steiermark. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



ZVP Zentralverband der Pensionisten SPRECHSTUNDEN

Mo. bis Fr. von 10 bis 12 Uhr
Lagergasse 98a, 8020 Graz

☎ 0316/ 71 24 80 / Voranmeldung erbeten.

Wir helfen bei:

- Anträgen um Pflegegeld
- Antrag für eine „einmalige Unterstützung“
- Pensionsanträgen wie Alterspension, Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspension, Hinterbliebenenpension wie Abfertigung und Abfindung
- anderen Problemen

Jeden Do. gemütlicher Nachmittag im Volkshaus

Krisenzeiten erfordern ungewöhnliche Lösungen

Geschäftslokale, die leer stehen, werden staubig, Auslagenscheiben werden schmutzig, Plakate werden unbefugt außen draufgeklebt, das ganze Objekt wird unansehnlich und Betriebskosten müssen trotzdem bezahlt werden.

Wir wollen ein eigenes Unternehmen starten, können uns aber die reguläre Miete (noch) nicht leisten. Deshalb, wollen wir, wie sorgsame „Hausmeister“ ein Objekt in Punkto Sauberkeit betreuen und es dafür benützen dürfen. So würde es auf evtl. Interessenten immer den besten Eindruck machen. Diese kühne Idee wäre sowohl für uns, als auch für den Vermieter eine WIN-WIN Situation. Deshalb suchen wir ein:

Leerstehendes GESCHÄFTS-LOKAL, Größe: ab 35 m² aufwärts, mit Toilette, (auch Dusche wär fein) als „Spielraum“ für zwei fröhliche Idealisten, die darin gelegentlich



Musik- und Theaterkurse abhalten wollen. Geboten wird keine Miete, evtl. Betriebskosten, blitzende Sauberkeit, achtsamer Umgang mit dem Objekt, keine Einbauten, minimale Möblierung (Teppich, Biedermeier-Sitzgruppe), sofortiger und protestloser Auszug, wenn sich ein „echter“ Mieter findet.

Sollte sich unser Unternehmen nach einer zu erwartenden Anlaufzeit schon sehr bald als finanziell ergiebig erweisen, dann können wir uns durchaus vorstellen, selber echte Mieter zu werden.

Interessierte wenden sich bitte an: Peter Fleck 0676/ 825 852 47 oder Barbara Schnepf, 0650/ 63 64 222 bschnepf@hotmail.com.

www.courage-beratung.at

LAYOUT ARTS & IMAGE TEL 0699 10800 333

BERATUNGSSTELLE
COURAGE
Wien • Graz • Innsbruck

DIE SCHWU/LES/BI/SCH
UND TRANSGENDER
BERATUNGSSTELLE

Di & Do von 16–20 Uhr

A-8010 Graz
Herrengasse 3 / Stiege 2 / 2. Stock
EMAIL graz@courage-beratung.at

TEL 0699/166 166 62

IRRWEG: LÄNGER ARBEITEN GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

EU verlangt: Pensionsalter hinauf

Die EU-Kommission setzt ihre unsoziale Politik in der Krise ungebremst fort. Für sie gilt das Motto: Wenn es für ‚die da oben‘ nicht reicht, muss man es eben ‚denen da unten‘ nehmen.

BANKEN DOMINIEREN

Die Studie „Die Kommission der Konzerne – die Rolle der Finanzindustrie bei der EU-Gesetzgebung“ belegt: Die Kommission hat sich vor, während und selbst nach der Finanzkrise fast ausschließlich von Finanzlobbyisten beraten lassen. Die neunzehn Experten- und Expertengruppen für Finanzpolitik werden von Vertretern der Finanzindustrie dominiert. Ihre Anzahl übertrifft zahlenmäßig sogar jene der europäischen Beamten in diesem Bereich. Wissenschaftler, Verbraucherverbände und Gewerkschaften sind hingegen deutlich unterrepräsentiert.

Das belegt: Die EU wird von Banken und Konzernen beherrscht.

Aus einer Mitteilung der EU-Kommission zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen geht hervor, dass die Schulden der öffentlichen Haushalte durch eine weitere Erhöhung des Pensionseintrittsalters abgebaut werden sollen. Darin heißt es wörtlich: *„Die Anhebung des effektiven Rentenalters ist in den verschiedenen Mitgliedsstaaten im Gespräch und wäre auch darüber hinaus überlegenswert. Zusätzlich zu den mittel- bis langfristigen Einsparungen, die sich für die öffentlichen Haushalte ergeben, trägt (dies) auch dazu bei, die Erwerbsbevölkerung zu vergrößern.“*

Die Pensionsdiskussion in Österreich ist kein Zufall. Sie entspringt einem Plan der EU-Bürokraten.

Laut Prognosen wird die Arbeitslosigkeit in Europa weiter steigen. In dieser Situation eine Vergrößerung der Erwerbsbevölkerung anzustreben, also darauf zu setzen, dass Menschen mehr und länger arbei-



Tine van Rompuy, Schwester des neuen EU-Präsidenten und Aktivistin der belgischen „Partei der Arbeit“, setzt sich für die Millio-närsteuer ein.

ten, ist purer Zynismus. Mit der faktischen Pensionskürzung würde Armut bis ins Alter regelrecht programmiert.

So sieht die Politik der EU aus. Mit dem Lissabonvertrag hat sie die neoliberale Politik in Verfassungsrang erhoben.

Deshalb ist sie ein Motor für die Umverteilung von unten nach oben, hin zu den Reichen.

Eigentlich müsste man europaweit Initiativen zur Verkürzung der Arbeitszeit ergreifen und damit mehr Menschen in Arbeit bringen. Nur so ließe sich Erwerbsarbeit besser verteilen und Armut bis ins Alter vermeiden.

Davon will die EU nichts wissen. Im Gegenteil: Sie fördert prekäre Arbeitsverhältnisse und Teilzeitarbeit. Dafür hat man

in Brüssel den irreführenden Begriff „Flexicurity“ erfunden. „Wer glaubt, dass die EU eine gute Sache für die Mehrheit der Bevölkerung ist, der ist auf dem Holzweg“, schließt der KPÖ-Landesvorsitzende Franz Stephan Parteder.

50 Euro mehr für jeden Pensionisten!

Die Politiker streiten, ob die Pensionserhöhung heuer 1,5 oder 1,9 Prozent ausmachen soll. Die Ungerechtigkeit fängt aber damit an, dass dabei für jemanden, der 900 Euro im Monat bekommt, bestenfalls 18 Euro herauspringen würden. Für die Pensionistenchefs Blecha und Khol macht diese Prozentserhöhung bei ihren Riesenpensionen aber mehr aus, als manche Seniorinnen und Senioren überhaupt bekommen. Deshalb unsere Forderung: 50 Euro monatlich mehr pro Monat für jeden Pensionisten, jede Pensionistin. Einkaufen und Wohnen ist für jeden gleich teuer.

VOLKSHAUS-REDOUTE am 30. Jänner 2010, ab 20 Uhr
Der Ball für alle!

Am 30. Jänner 2010 geht ab 19 Uhr die Volkshaus-Redoute mit Live-Musik von KANAL4 und Disco in der Lagergasse 98a über die Bühne. Ein Ball für alle und kein Ball für die oberen Zehntausend! Wir laden herzlich ein! Der Reinerlös der Volkshausredoute kommt wie in den letzten Jahren einer sozialen Einrichtung zugute!